

Dirk Stegmann

Antiquierte Personalisierung oder sozialökonomische Faschismus-Analyse?

Eine Antwort auf H. A. Turners Kritik an meinen Thesen zum Verhältnis von Nationalsozialismus und Großindustrie vor 1933

Jede wissenschaftliche Kontroverse vermag der Forschung neue Impulse zu verleihen, wenn sie von den Beteiligten mit dem Ziel geführt wird, Klarheit über methodische und theoretische Probleme und bisher umstrittene Sachverhalte zu gewinnen. Insofern könnte ich durchaus Henry A. Turners kritische Auseinandersetzung¹ mit meinen Thesen² begrüßen und auch über z. T. unsachliche Polemik hinwegsehen, wenn eine solche Zielsetzung in dem Aufsatz von Turner erkennbar wäre. Turner hat jedoch die schon in seinem Buch ›Faschismus und Kapitalismus in Deutschland‹ (Göttingen 1972) zu erkennende und von mir scharf kritisierte Tendenz, die Problemstellung unzulässig einzuengen und die relevanten und weitgehend ungeklärten Probleme nicht zu diskutieren, sondern als irrelevant auszublenden, in seiner Kritik an meinem Aufsatz noch verschärft.

In der neueren Forschung herrscht weitgehend Einigkeit darüber, daß gesellschaftliche Analysen, die die Totalität eines historischen Entwicklungszusammenhangs erfassen wollen, nicht bei einer vordergründigen Analyse der subjektiven Befindlichkeiten einzelner handelnder Personen stehenbleiben können. Das Verhältnis von Interessen und Politik kann auch nicht zureichend dadurch bestimmt werden, daß allein auf Aspekte der Parteifinanzierung abgehoben wird, ohne daß das Spektrum von Interessen und deren z. T. divergierende Ziele, kollektive Mentalitäten überschaubarer Gruppen sowie innen- und außenpolitische Konstellationen mit einbezogen werden. Die bei Turner vorherrschende Personalisierung und seine Frage danach, wer wen zu einem bestimmten Zeitpunkt finanziert hat oder nicht, blenden diese Probleme aus und können in letzter Konsequenz Interpretationen Vorschub leisten, die auf Dämonisierung resp. Verharmlosung hinauslaufen.

Es scheint mir daher notwendig, auf die prinzipiellen methodischen Probleme abzuheben und vor allem die unterschiedliche Gewichtung des Verhältnisses von Wirtschaft und Politik im deutschen gesellschaftlichen System vor 1933 klarzumachen. Das Schwergewicht liegt im folgenden auf dem Bereich der Großwirtschaft im engeren Sinne, der Sektor der klein- und mittelbetrieblich organisierten Industrie wird in meiner Analyse vernachlässigt, nicht zu-

1 *Henry A. Turner jr.*, Großunternehmertum und Nationalsozialismus 1930 – 1933, in: HZ, Bd. 221, H. 1, 1975, S. 18 – 68, bes. S. 40 ff. (zit. Turner, 1975). Diese Auseinandersetzung sollte ursprünglich als Antwort auf Turners Kritik ebenfalls in der HZ erscheinen. Da die Herausgeber der HZ nicht bereit waren, einen angemessenen Raum für diese Antwort zu konzederen, kehrt diese Kontroverse an ihren Ausgangsort zurück. Der Verf. dankt der Redaktion des Archivs für Sozialgeschichte für die Bereitwilligkeit, an dieser Stelle eine ausführliche Entgegnung zu veröffentlichen.

2 *Dirk Stegmann*, Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus 1930 – 1933. Ein Beitrag zur Geschichte der sog. Machtergreifung, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XIII, 1973, S. 399 – 482 (zit. Stegmann, 1973).

letzt auch deshalb, weil hier erst ansatzweise wissenschaftliche Vorarbeiten vorliegen. Diese bewußte Selbstbeschränkung bedeutet, daß dieser Beitrag keinesfalls den Ehrgeiz hat, etwa eine gesamtgesellschaftliche Erklärung des Aufstiegs des Nationalsozialismus anzubieten. Dazu wäre die zusätzliche Analyse anderer gesellschaftlicher Gruppen, der Landwirtschaft, des Kleinhandels und des Handwerks, der Interessen von Reichswehr und Bürokratie einerseits und der Arbeiterschaft andererseits – um nur die wichtigsten zu nennen –, ebenfalls notwendig, sowie deren je spezifische Bündnisse und Konflikte im Zusammenhang mit dem deutschen Faschismus.

I.

Ernst Nolte hat 1975 in einer kurzen Bestandsaufnahme der Faschismus-Diskussion davon gesprochen, daß »erst in jüngster Zeit [...] eine Auffassung« Raum gewinne, »die im Faschismus ein kennzeichnendes, nicht auf Deutschland und Italien beschränktes, durch ideologische und strukturelle Eigentümlichkeiten sowohl vom Bolschewismus wie von der parlamentarischen Demokratie wie von bloßen Entwicklungsdiktaturen verschiedenes Phänomen der europäischen Zwischenkriegszeit erblickt«³. Diese auch aus den größeren Arbeiten Noltés⁴ bekannte phänomenologische resp. ideengeschichtliche Interpretation verzichtet auf die Darlegung der gesellschaftlichen Grundlagen des Faschismus, verzichtet aber gleichzeitig auch durch die Einengung der zeitlichen Dimension auf eine Erörterung der Frage, ob und inwieweit der Faschismus in älteren Ideologien wie in früheren Herrschaftstechniken präfiguriert gewesen ist⁵. Jüngste Versuche etwa, insbesondere für Deutschland ein spezifisches Präfaschismus-Potential offenzulegen, das bereits ansatzweise in das späte Kaiserreich zurückreicht⁶, geraten von daher nicht ins Blickfeld. Diese Entwicklung, die spätestens 1917/18 mit der Gründung der Deutschen Arbeiter- und Angestelltenpartei⁷ als Filiale der Deutschen Vaterlandspartei – »the first prefascist mass movement« (W. Sauer)⁸ – eine neue Qualität erreichte, nimmt Nolte nicht wahr, obwohl hier bereits Versatzstücke von Ideologie und Politik der späteren NSDAP erscheinen: Mittels einer massenpsychologisch motivierten Siegfriedenspropaganda, die innenpolitisch durch den Appell an antidemokratische, z. T. antisemitisch aufgeladene Ressentiments mit ihrer Spitze gegen Linksliberalismus und Sozialdemokratie abgestützt war, wurde damals von tragenden Gruppen

3 Ernst Nolte, Art. Faschismus, in: *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, hrsg. von Otto Brunner, Werner Conze, Reinhart Koselleck, Bd. 2, E – G, Stuttgart 1975, S. 329 – 336, Zitat S. 335.

4 Ernst Nolte, *Der Faschismus in seiner Epoche*, München 1963; ders. (Hrsg.), *Theorien über den Faschismus*, Köln/Berlin 1967; ders., *Der Nationalsozialismus*, Berlin/Frankfurt/Wien 1970.

5 Vgl. dazu etwa die Kritik von Klaus Epstein, *A New Study of Fascism*, in: *World Politics* XVI, Nr. 2, 1964, S. 302 – 321; Wolfgang Sauer, *National Socialism: Totalitarianism or Fascism?*, in: *AHR* LXXIII, 1, 1967/68, S. 404 – 424, passim; zuletzt: Richard Saage, *Faschismustheorien*, München 1976.

6 Hans-Ulrich Wehler, Einl. zu: *Friedrich Kapp. Briefe 1843 – 1884*, Frankfurt 1969, S. 7; ders., *Das Deutsche Kaiserreich 1871 – 1918*, Göttingen 1973, 21975, S. 214; Hans-Jürgen Puhle, *Von der Agrarkrise zum Präfaschismus*, Wiesbaden 1972, dort S. 54, Anm. 63, der Hinweis auf den »strukturgeschichtlichen Idealtypus Deutscher Präfaschismus«.

7 Dirk Stegmann, *Zwischen Repression und Manipulation. Konservative Machteliten und Arbeiter- und Angestelltenbewegung 1910 – 1918. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der DAP/NSDAP*, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, Bd. XII, 1972, S. 351 – 432.

8 Sauer, *National Socialism*, a. a. O., S. 420, Anm. 36.

im politischen und wirtschaftlichen Konservatismus – primär um Kapp und Wangenheim für den Bund der Landwirte, Graf Westarp und Heydebrand für den parteipolitischen Konservatismus und eine Gruppe um Kirdorf, Hugenberg, Stinnes und Beukenberg auf seiten der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie – der Versuch unternommen, die Demokratisierung des Wahlrechts in Preußen zu verhindern und Gegengewichte gegen den Prozeß der Parlamentarisierung der Verfassung aufzubauen. Sozialimperialistische Slogans mit Blick auf die Arbeiterschaft und der sozialprotektionistische Appell gegenüber mittelständischen Gruppen, besonders im Handwerk und Kleingewerbe, unter Einbeziehung des nationalistischen Bildungs- und Besitzbürgertums, mobilisierten bis zum Sommer 1918 über eine Million zahlende Mitglieder, weit mehr als die Sozialdemokratie zu diesem Zeitpunkt zu integrieren fähig war. Es war ein erster Versuch, tendenziell »Reaktion und Konservatismus populär und plebejisch zu machen«⁹. Man kann bereits ansatzweise von deutschem Präfaschismus sprechen, wenn auch die spezifisch antikapitalistischen, radikal-mittelständischen und pseudo-sozialistischen Momente der späteren Hitlerbewegung noch fehlten¹⁰. Der Appell an die Arbeiterschaft blieb nahezu folgenlos, zumal Elemente der »Revolution von oben« im Gegensatz zur späteren Hitlerbewegung dominierten. Nolte ist mit seiner Interpretation Exponent einer Gruppe von Historikern, die ihre Erkenntnisinteressen, Fragestellungen und Methoden aus einem ideengeschichtlichen Ansatz herleiten; er behält diesen Ansatz selbst dann bei, wenn er explizit Stellung nimmt zu dem Verhältnis von Faschismus und Industrie¹¹. Nolte geht bei seiner Erörterung des Verhältnisses von Wirtschaft und Politik seit der Bismarckzeit dabei von einem nicht nur relativen, sondern einem absoluten Primat des politischen Bereiches über den ökonomischen aus, wobei sich ihm letzterer weitgehend als personalistisches Gegen- und Miteinander (»Männer der Wirtschaft«) darstellt. Der Bereich der Wirtschaft wird nicht als ein System relativer Selbständigkeit, definiert durch divergierende Interessen und Abhängigkeiten und je spezifische sektorale Verfügungsgewalten, gesehen, das seinerseits wiederum in einem je spezifischen Interaktionsverhältnis zur Politik steht. Indem er den Teil der neueren Forschung außer acht läßt, der mit einigem Recht die Frage aufgeworfen hat, wie sich das Verhältnis von Ökonomie und Politik genauer fassen läßt, ohne dabei einem platten Ökonomismus zu erliegen, spricht Nolte von einer »traditionelle[n] Unterordnung der Wirtschaft unter die Politik« bis 1918. Im Dritten Reich habe dieses Verhältnis dann »eine neue und radikalere Gestalt« angenommen, eine These, die er letztlich nicht weiterverfolgt. Diese weithin hypothetische Aussage wird bei Nolte zum entscheidenden Kriterium für die »Wesensbestimmung des Nationalsozialismus bzw. des Faschismus«, aber auch für die »Gültigkeit der marxistischen Lehre«, und endlich hänge von ihr sogar »bis zu einem gewissen Grade die Einschätzung der unmittelbaren Gegenwart« ab.

9 *Barrington Moore*, *Social Origins of Dictatorship and Democracy*, Boston 1966, S. 447; dt.: *Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie*, Frankfurt 1969, S. 513.

10 Darauf hat *Jürgen Kocka* zu Recht hingewiesen, vgl. *ders.*, *Zur Problematik der deutschen Angestellten 1914 – 1933*, in: *Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik*, hrsg. von *Hans Mommsen*, *Dietmar Petzina*, *Bernd Weisbrod*, Düsseldorf 1974, S. 792 – 811, hier S. 810 (zit. *Industrielles System*, 1974).

11 *Ernst Nolte*, *Hitlers Aufstieg und die Großindustrie*, in: *ders.*, *Der Nationalsozialismus*, 1970, S. 188 ff.

II.

Als Kronzeugen für diese Thesenbildung verweist er auf die Studien von Turner¹², die seit 1972 auch in deutscher Übersetzung vorliegen. Es handelt sich um eine Sammlung von Aufsätzen, die in der Mehrzahl bereits in amerikanischen Fachzeitschriften publiziert worden waren. H. A. Turner geht von einem ähnlichen allgemeinpolitischen Vorverständnis aus wie Nolte. Er spricht in seinem Vorwort davon: Entspräche »die weit verbreitete Ansicht, daß der Faschismus ein Produkt des modernen Kapitalismus ist, den Tatsachen, dann ist dieses System kaum zu verteidigen. Ist diese Meinung jedoch falsch, dann ist es auch die Voraussetzung, auf der die Einstellung vieler Menschen im Osten wie im Westen zur kapitalistischen Wirtschaftsordnung beruht. Die Frage gehört zu denen, über die eine Einigung geboten ist, wenn die Menschheit zu einem friedlicheren Neben- und Miteinanderleben kommen soll«¹³.

Politische Pädagogik als Aufgabe des Historikers scheint offensichtlich nur dann Kritik herauszufordern, wenn sich dahinter ein emanzipatorischer, nicht aber, wenn sich dahinter ein konservativer Anspruch verbirgt. Damit soll keineswegs geleugnet werden, daß politische Pädagogik zu den legitimen Aufgaben des Historikers gehört. Freilich, Turners wie Noltens Ansatz bedingt eine Reduktion auf politische Verwertbarkeit ad hoc, dies genau ist jedoch illegitim.

Es bleibt Turners Verdienst, daß er sich durch die Auswertung neuer Quellen¹⁴ von einigen westdeutschen Arbeiten (Kühnl und insbesondere von der ungenauen Kompilation von Manfred Clemenz¹⁵) abhebt, aber auch von den in der DDR erschienenen Publikationen Czichons¹⁶ oder Gossweilers¹⁷ oder von den älteren Arbeiten G. W. F. Hallgartens¹⁸.

12 *Henry A. Turner*, Faschismus und Kapitalismus in Deutschland, Göttingen 1972 (zit. als Turner, 1972); Turner selbst beruft sich wiederum auf Nolte, vgl. *ebda.*, S. 158, Anm. 2, u. ö.; vgl. auch: *Henry A. Turner* (Ed.), Nazism and the Third Reich, New York 1972.

13 *Turner*, 1972, S. 7.

14 Zweifelsohne dürfte Turner unter allen Historikern der bei weitem beste Kenner der Bestände deutscher Firmenarchive sein. Die von Turner dem Autor angelastete geringere Quellenkenntnis – jedenfalls, was die Privatarchive anbelangt; von mir benutzt wurden: Akten der Gutehoffnungshütte (NL Reusch); Nachlaß Silverberg, Bestand Alldeutscher Verband im ZStA Potsdam (Kirdorf-, Thyssen-, Hugenberg-Materialien); Restnachlaß Kirdorf im Archiv der GBAG, Essen, sowie Bestand Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller im BA Koblenz – beruht freilich nicht auf einer freiwilligen Entscheidung, sondern auf den undurchschaubaren Selektionsmechanismen deutscher Firmenarchivare oder Vorstandsetagen, die nur einigen Ausgewählten ihre Akten zugänglich machen. Immerhin ist interessant, daß diejenigen Firmenarchive, die Turner und mir gleichermaßen offenstanden, sehr viel mehr Informationen enthalten, die für das Problem Industrie und Faschismus von Interesse sind, als Turner mitzuteilen für wert hält. Turner, der in der Regel nur Quellenexzerpte abdruckt, nur die Provenienz von Briefen etc. nachweist, läßt gerade beim Abdruck der wichtigen Denkschrift Hitlers für Emil Kirdorf von 1927 den Leser über den Fundort dieser wichtigen Archivalie im unklaren, obwohl womöglich dadurch Hinweise über die Verbreitung bzw. Resonanz dieser Denkschrift zu erlangen wären.

15 Vgl. etwa zuletzt: *Reinhard Kühnl*, Formen bürgerlicher Herrschaft. Liberalismus – Faschismus, Reinbek 1971; *ders.*, Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, Köln 1975. *Manfred Clemenz*, Gesellschaftliche Ursprünge des Faschismus, Frankfurt 1972; kritisch hierzu insbes.: *Helga Grebing*, Aktuelle Theorien über Faschismus und Konservatismus. Eine Kritik, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1974, passim.

16 *Eberhard Czichon*, Wer verhalf Hitler zur Macht? Köln 1967, u. ö.

17 *Kurt Gossweiler*, Die Rolle des Monopolkapitals bei der Herbeiführung der Röhme-Affäre, Phil. Diss. (MS) Berlin – DDR 1963; *ders.*, Großbanken, Industriemonopole, Staat, 1914 bis 1932, Berlin – DDR 1971.

18 *George W. F. Hallgarten*, Hitler, Reichswehr und Industrie, Frankfurt 1955, u. ö.; *ders./Joachim Radkau*, Deutsche Industrie und Politik von Bismarck bis heute, Frankfurt 1974.

Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den in der Bundesrepublik und in der DDR erschienenen Untersuchungen bzw. Dokumentationen¹⁹ findet bei Turner in der Regel nicht statt; bestenfalls wird aus Fehlern, punktueller Überinterpretation oder sinnentstellender Argumentation – die richtigzustellen an sich verdientvoll ist – pauschal und ohne weitere Diskussion auf die mangelnde Stringenz dieser Arbeiten überhaupt geschlossen.

Methodisch steht Turners Analyse ganz in der Tradition einer personalistisch eingefärbten politischen Ideengeschichte in der Nachfolge Noltes²⁰, die bei ihm nur weiter mit einer relativ vage bleibenden sozialpsychologischen Begrifflichkeit verbunden wird. In diese eingebunden sind einige Elemente aus Substraten und Vorstellungen der als sozialwissenschaftliche Theorie verstandenen ›Modernisierung‹, mit deren Hilfe der Versuch gemacht wird, eine historische Ortsbestimmung des Nationalsozialismus vorzunehmen²¹. Autoren wie T. Mason²² haben nun zu Recht darauf verwiesen, daß sich die Beweisführung in der Modernisierungstheorie vor allem auf der Ebene der phänomenologischen Beschreibung, der Ideologieggeschichte und der Ideologiekritik vollziehe: Verhaltensmuster und soziale Strukturen würden vornehmlich, wenn nicht ausschließlich, aus dem Bereich der Ideologie abgeleitet. Das führe in der Regel zu Verallgemeinerungen und kaum hinterfragten Prämissen: »Das Gesicht der Modernisierung ist [...] ein Janusgesicht. Eine selbstgefällige, gegenwartsbezogene Teleologie kann der historischen Forschung nur abträglich sein.«²³. Vom Denken der NS-Elite, das Turner als eine »utopische Form des Anti-Modernismus«, als Substrat einer »Krise der Volkskultur« darstellt, wird auf den deutschen Faschismus als eine »politische Erscheinungsform des utopischen Anti-Modernismus« geschlossen. Überbewertung der ideologischen Versatzstücke im Programm der NSDAP auf der einen Seite, Ausblendung der sozialökonomischen Realität, in der der Nationalsozialismus in Deutschland agierte, auf der anderen Seite sind für dieses Interpretationsmuster ebenso charakteristisch wie Turners Neigung, das Denken und Fühlen von Personen (›Resignation‹, ›Verwirrung‹, ›Naivität‹ als Kategorien) gegenüber Kollektivphänomenen gesellschaftlicher Machtbehauptung zu überschätzen. Die Frage, ob es etwa gemeinsame gesellschaftspolitische Überzeugungen resp. Affinitäten zwischen ›Kapitalismus‹ in der Weltwirtschaftskrise und faschistischen Bewegungen gab, wird von Turner gar nicht gestellt; für ihn reduziert sich das Problem auf die Frage, ob und wieviel Geld aus den Kassen der industriellen Fonds in die der NSDAP geflossen ist.

Aspekte kollektiver Machtausübung und Herrschaftssicherung – z. B. in organisierten Verbänden, auf dem Arbeitsmarkt im Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeber-

19 Anatomie des Krieges, hrsg. von *Dietrich Eichholtz* und *Wolfgang Schumann*, Berlin – DDR 1969; Anatomie der Aggression, hrsg. von *Gerhart Hass* und *Wolfgang Schumann*, Berlin – DDR 1972. Turner lastet mir indirekt die Benutzung dieser Quellenbände an und moniert, daß dieses Material längst bekannt sei. Problematisch für seine Quellenbenutzung bleibt aber, daß er die hier versammelten Dokumente über weite Strecken gar nicht zur Kenntnis nimmt.

20 Vgl. auch den Tenor des von *Turner* edierten *readers: Reappraisals of Fascism*, New York 1975.

21 Für den Stellenwert dieses Ansatzes bei *H. A. Turner* (der schon bei Nolte Bedeutung hat, auf den sich Turner beruft) vgl. den überarbeiteten Abdruck dieses Aufsatzes in seinem *reader* 1975, S. 117 ff.: *Fascism and modernization*.

22 *Timothy W. Mason*, Zur Entstehung des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit, vom 20. Januar 1934, in: *Industrielles System*, 1974, S. 322 – 351, hier S. 322 ff. (Ich übernehme hier Formulierungen *Masons*, weil sie mir das Problem am stringentesten zu kennzeichnen scheinen.)

23 *Ebda.*, S. 324; vgl. neuerdings zur Modernisierungsdebatte auch den Überblick bei *Hans-Ulrich Wehler*, *Modernisierungstheorien*, Göttingen 1975, und die partielle Kritik bei *Jürgen Kocka*, *Theorien in der Sozial- und Gesellschaftsgeschichte*, in: *GuG* 1, 1975, S. 9 – 42, bes. S. 28 f.

verbänden, auf dem Feld der nationalen und internationalen Marktbeherrschung im Aspekt der Kartellierung, im Verhältnis von Grundstoffindustrien zu Fertigungsindustrien, von zollgeschützten Rohstoffindustrien zu freihändlerischen Verarbeitungsindustrien etwa, bis hin zum Verhältnis von ›Wirtschaft‹ und ›Staat‹ auf unterschiedlichen Ebenen, z. B. auf dem Feld der Handelsvertragspolitik oder der Sozialpolitik –, sie werden demgegenüber kaum in den Kreis der Betrachtung einbezogen. Eine solche Verkürzung der Fragestellung führt notwendigerweise zu Verkürzungen im Urteil, da tragende Sektoren industrieller bzw. wirtschaftlicher Interessenpolitik ausgeblendet werden. Die personalistische Interpretation, die ja das Vorhandensein kollektiver Mentalitäten weitgehend ausschließt, führt zu entsprechend emotional aufgeladenen und undifferenzierten Urteilen²⁴ oder aber zu eindeutigen Verzeichnungen, die sich z. B. angesichts des Ausweises der staatlichen Akten (die Turner im wesentlichen beiseite läßt) in keiner Weise halten lassen²⁵. Um es hier noch einmal mit aller Schärfe zu formulieren: Das politische System der Weimarer Republik ist kein statisches System gewesen, wie H. A. Turner offensichtlich meint²⁶, wenn er, wie Robert Gates zu Recht hervorgehoben hat, die »längerfristigen verfassungs- und wirtschaftspolitischen Zielvorstellungen seiner Akteure weitgehend außer acht [läßt]«²⁷. Vielmehr sollte im Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses die (naive) Frage stehen, ob, warum und wie neben anderen gesellschaftlichen Gruppen auch Industrielle die Veränderung der politischen Programmatik und des personellen Führungskaders der Parteien, die inhaltliche Neuformulierung der Weimarer Verfassungsordnung etwa, betrieben haben; oder anders ausgedrückt, warum das Zentrum der Jahre 1930 ff. nicht mehr das Zentrum eines Matthias Erzberger und Joseph Wirth, die DVP nicht mehr eine Partei war, in der auch Politiker Stresemannscher Couleur Führungspositionen innehaben und politische Richtlinien formulieren konnten, selbst die DNVP nicht mehr eine Partei war, in der auch ein Otto Hoetzsch, ein Kuno Graf Westarp oder Walther Lambach politisch wirksam werden konnten. Die Beantwortung solcher Fragen läßt sich sicherlich nicht nur mit einer Darstellung der Parteifinanzierung erreichen, obgleich diesem Aspekt sicherlich symptomatische Bedeutung zukommen kann; allerdings nur dann, wenn systematisch die Geschichte der Finanzierung *aller* Parteien – nicht nur der NSDAP – verfolgt wird, wobei dann auch der Verweigerung von Finanzmitteln ebenso hohe Bedeutung wie der aktuellen Gewährung zukommt²⁸.

24 Vgl. Turner, 1972: »Das neue Material bestätigt den weitverbreiteten Eindruck, daß die deutschen Großunternehmer von der Weimarer Republik nicht begeistert waren« (S. 10); sie begegneten der Republik mit »Argwohn« (S. 11); 1931 schwand ihre »Begeisterung« (S. 135) gegenüber Brüning; »Verwirrung« (S. 137), »Versagen« (S. 155), deprimierendes Bewußtsein und Reizbarkeit sind häufige Vokabeln; die Ereignisse im Januar 1933 werden als »Tragödie« (HZ, 1975, S. 39) klassifiziert.

25 So galten die »mächtigsten Bankiers und Industriellen« gegenüber Hindenburg »nicht viel mehr als Ladenbesitzer« (Turner, 1972, S. 28); Nolte übernahm dieses Diktum und sprach – genauer dem amerikanischen Original folgend – von »Krämern« (Nolte, 1970, S. 188). Turner, 1972, S. 12, spricht pauschal von der »politischen Impotenz des Geldes«, obwohl das Buch von Lothar Döhn, Politik und Interesse. Die Interessenstruktur der Deutschen Volkspartei, Meisenheim 1969, am Beispiel der DVP zahlreiche Gegenbeispiele liefert, ebenso wie die von Turner benutzten, aber nicht ausgewerteten Quellen der DVP im BA Koblenz, vgl. z. B. die im NL Dingeldey aufbewahrten Berichte der regionalen Geschäftsführer der Partei 1932.

26 Turner, Das Verhältnis des Großunternehmertums zur NSDAP, in: Industrielles System, 1974, S. 919 – 931.

27 Industrielles System, 1974, S. 851; vgl. auch *ebda.* die kritischen Diskussionsbeiträge von L. Döhn, bes. S. 884 f., 943; D. Petzina, S. 940; Gessner, S. 939 f.; Spiller, S. 944; H. Mommsen, S. 944.

III.

Einen Versuch – sicherlich einen nicht umfassend genug angelegten, der auch streckenweise nicht der Gefahr entging, Turnersche Personengeschichte durch Verbandsgeschichte zu ersetzen – stellt mein Aufsatz ›Zum Verhältnis von Nationalsozialismus und Großindustrie 1930–1933. Ein Beitrag zur Geschichte der sog. Machtergreifung‹ dar, der fortgeführt worden ist in einer neueren Veröffentlichung²⁹. An beiden Stellen wird umfangreiches, bisher nicht bekanntes Quellenmaterial im Wortlaut veröffentlicht. Turner selbst hat inzwischen einen weiteren – wiederum das Problem über Gebühr personalisierenden – Aufsatz³⁰ in die Debatte eingebracht.

Im Mittelpunkt meiner Überlegung stand der Versuch, Aspekte struktureller Kontinuität großindustrieller Interessenpolitik über das Kaiserreich hinaus bis in die Weimarer Republik aufzuzeigen. Weiter ging es hier darum, das wichtige Problem von kollektivem und individualpsychologischem Verhalten anhand der sozialökonomischen Option führender Großindustrieller in der Weimarer Republik neuerlich zu diskutieren.

Das Demokratieverständnis^{30a} der Masse der Großunternehmer läßt sich durchgehend für die Zeit 1918–1930 negativ so beschreiben, daß sie seit Beginn der Republik nach Möglichkeiten suchten, dem ›radikalen‹ Reichstag gegenüber konservative Gegengewichte zu schaffen. In der Phase der rechtsbürgerlichen Konsolidierung der Republik seit 1925 sahen sie eine realistische Chance für diese Politik; als langfristig wichtigste erscheint dabei die vor allem seit 1926 prononciert erhobene Forderung³¹ nach einem Ausbau des Reichsrates zu einer Zweiten Kammer, die, entweder berufsständisch zusammengesetzt oder durch Ernennung seitens des Reichspräsidenten präsentiert, mit einem Vetorecht vor allem auf finanzpolitischem Feld ausgestattet werden sollte. Hand in Hand damit ging die Forderung, die Rechte des Reichspräsidenten dahingehend auszuweiten, daß er vom Parlament unabhängige Fachminister berufen könne. Diese Postulate machte sich wenig modifiziert der 1928 unter maßgeblicher finanzieller Unterstützung der Großindustrie gegründete »Bund zur Erneuerung des Reiches« zu eigen, dem auch wichtige Repräsentanten der Großlandwirtschaft angehörten³².

Bereits vor der Weltwirtschaftskrise traten dabei viel weiterreichende politische Forderungen auf, so wenn z. B. Hugenberg 1927 einen »neuen Staat«³³ forderte, der durch eine

28 Vgl. z. B. in diesem Sinne die zusammenfassende Kritik des Anti-Dingeldey-Flügels in der DVP um den Grafen Dohna 1931 an der sozialreaktionären Politik der Schwerindustrie, ZStA Potsdam, Akten der DVP, Nr. 22; für 1932 vgl. den Bericht des Generalsekretärs Krüger (Wahlkreis Düsseldorf-West) vom 6. 12. 1932: BA, NL Dingeldey, Nr. 113.

29 Vgl. Anm. 2 sowie Dirk Stegmann, Kapitalismus und Faschismus in Deutschland 1929 – 1934. Thesen und Materialien zur Restituierung des Primats der Großindustrie zwischen Weltwirtschaftskrise und beginnender Rüstungskonjunktur, in: Gesellschaft 6, hrsg. von Eike Henning u. a., Frankfurt 1976, S. 19 – 91 (zit. als Stegmann, 1976).

30 Turner, Hitlers Einstellung zu Wirtschaft und Gesellschaft von 1933, in: GuG 2, 1976, S. 89 bis 117 (zit. als Turner, 1976).

30a Vgl. jetzt auch dazu: Michael Schneider, Unternehmer und Demokratie, Bonn-Bad Godesberg 1975.

31 Vgl. dazu Dirk Stegmann, Die Silverberg-Kontroverse 1926: Unternehmerpolitik zwischen Reform und Restauration, in: Sozialgeschichte Heute. Festschrift für Hans Rosenberg, hrsg. von Hans-Ulrich Wehler, Göttingen 1974, S. 594 – 610, hier S. 600 f.

32 Vgl. dazu die Materialien im Nachl. Reusch, Archiv der Gutehoffnungshütte (H.A./GHH) sowie in den Reichslandbund-Akten im ZStA Potsdam, Nr. 122.

33 ZStA Potsdam, ADV, Nr. 180, Hugenberg an Westarp, 17. 9. 27; Hugenberg an Frowein, 24. 6. 28.

Präsidialdiktatur im Reich und in Preußen inauguriert werden sollte. Turners These³⁴, es sei erst *nach* dem Scheitern des Versuches, Mitte 1930 eine bürgerliche Sammlungspartei der gemäßigten Rechten zu bilden, mit deren Hilfe seiner Meinung nach eine Rückkehr zum parlamentarischen System eingeleitet werden sollte, zu einer Radikalisierung der verfassungspolitischen Programmatik im Unternehmerlager gekommen, findet in den Quellen keine Bestätigung³⁵.

Sozialpolitisch endlich bestand das Hauptinteresse der Großindustrie darin, die Gewerkschaften entscheidend zu schwächen; durch Aufhebung bzw. Auflockerung des Tarifvertragssystems und der staatlichen Zwangsschlichtung sollten Gehälter, Löhne und Arbeitszeit frei von Werk zu Werk mit der Arbeiterschaft ausgehandelt werden³⁶. In der Krise seit 1929 sah man die beste Gelegenheit, dieses Programm in die Tat umzusetzen³⁷. Dieser sozialreaktionären Vorbildern der Kaiserzeit verpflichtete Kurs im Lager der rheinisch-westfälischen Kohle- und Eisenindustrie, dem Lager des »autoritären Kapitalismus« (M. J. Bonn), blieb jedoch in der Chemiegroßindustrie und der Elektrogroßindustrie nicht unbestritten: Diese Industrien waren eher bereit, die Gewerkschaften als Verhandlungspartner zu akzeptieren; in der Krise selber favorisierten sie das Modell einer Sozialpartnerschaft nach dem Vorbild der 1918–1924 realisierten sog. Zentralarbeitsgemeinschaft³⁸.

Der Durchbruch der NSDAP bei den Septemberwahlen 1930 schuf eine qualitativ veränderte innenpolitische Situation, die, das kann *sine ira et studio* festgestellt werden, für alle gesellschaftlichen Gruppierungen eine Reaktion, d. h. zumindest das Zurkenntnisnehmen des veränderten Zustandes, erforderlich machte. Konnte vor den Septemberwahlen 1930 die NSDAP als *quantité négligeable* begriffen werden, was aktive Förderung durch Individuen, nachweislich auch durch einzelne Industrielle, nicht ausschloß, bildete sie jetzt eine wichtige, allerdings vielen Industriellen ganz unkontrollierbar erscheinende Größe. Antikapitalistische Tendenzen mittelständischer, aber auch kleinindustrieller Färbung, agrarstaatliche Autarkiebestrebungen, gar der Schein des Nationalbolschewismus³⁹ – für die meisten Industriellen höchst beunruhigende Programmpunkte – verbanden sich mit massivem Antiparlamentarismus, Antisozialismus und Antisemitismus, die für einen Teil der

34 Turner, 1972, S. 132 ff.

35 Dieser Vorstoß ging vor allem von einem gemäßigt liberalen Industrie- und Handelsflügel im Deutschen Industrie- und Handelstag aus: Hamm, Grund (HK Breslau) und Mendelssohn suchten eine »Vereinigung der zu positivem Arbeiten bereiten bürgerlichen Parteien der Mitte« (H.A./GHH, Nr. 400 101 23/25 b, Hamm an Reusch, 28. 7. 30, Bericht über DIHT-Vorstandssitzung am 25. 7. 30), vor allem von DVP und DDP, zustande zu bringen. Abgesehen von dem Autonomieanspruch der Parteien selbst (bes. der Deutschen Staatspartei), scheiterte dieser Plan nicht zuletzt auch am dezidierten Mißtrauen der Ruhrindustriellen gegenüber der »weltbürgerliche[n] Anschauung der norddeutschen Demokraten« (Ebda., Reusch an Hamm, 2. 8. 30); gerade sie wollten auch über die Volkskonservativen die DNVP miteinbeziehen, wo jedoch Hugenberg als Störfaktor einer solchen Politik zuerst ausgeschaltet werden sollte. Die 1930/31 erneut vortragenen Pläne einer liberal-konservativen Sammlungspartei von Westarp bis A. Weber scheiterten zuletzt immer wieder an dem sozialpolitisch reaktionären Kurs der Schwerindustrie, vgl. etwa die Kritik des Grafen Dohna 1931: ZStA Potsdam, DVP, Nr. 22. Bis hin zum Bankrott der DVP in den Juliwahlen 1932 war die Ruhrindustrie eher daran interessiert, die DVP noch weiter nach rechts hin zu orientieren, was ihr über ihre Stellung in der sog. Rheinisch-Westfälischen Arbeitsgemeinschaft der DVP und ihre Taktik der Wahlkampffinanzierung bzw. -nichtfinanzierung insgesamt auch gelang.

36 Vgl. dazu Schneider, *passim*.

37 Vgl. etwa das Exposé von P. Reusch (Gutehoffnungshütte) zur Brüningschen Notverordnung vom 8. 12. 31, in: H.A./GHH, Nr. 400 101 220/11 c.

38 Vgl. Stegmann, 1973, bes. S. 409; ders., Die Silverberg-Kontroverse, 1974, bes. S. 606 f.

39 Vgl. Stegmann, 1973, S. 449 ff. (Denkschrift Herle 1932); ders., 1976, S. 79 f. (Bücher [AEG] 1931).

Industriellen gar so beunruhigend nicht waren oder deren Instrumentalisierung sie (wie z. B. beim Antisemitismus) zuzustimmen bereit waren. Entscheidendes Kriterium für die Einschätzung der NSDAP, d. h. für Bereitschaft oder Nichtbereitschaft, sich mit ihr zu arrangieren bzw. sie auch direkt zu fördern, wurden in erster Linie – und dies ist von der Interessenlage der Betroffenen her nur selbstverständlich – die wirtschafts- und sozialpolitischen Ordnungsvorstellungen dieser Partei. Dabei ist offensichtlich – und das geht z. B. auch aus der frühen Hitler-Denkschrift für Kirdorf (1927)⁴⁰ hervor –, daß in dieser Frage zwischen veröffentlichter Meinung und vertraulich erläuterten Zielkonzeptionen zumindest einer Gruppe des Partei-Führungskaders erhebliche, einem Teil der Schwerindustrie auch nicht unbekannt, Divergenzen bestanden⁴¹. Die wichtige, und von Turner in ihrer Relevanz nie voll erfaßte Entscheidung eines Teils der Industrie, namentlich der Schwerindustrie, bestand darin: zu testen, ob und inwiefern das veröffentlichte Programm der NSDAP Gültigkeit besitzen sollte und ob die diesem Programm verpflichteten Führungspersonlichkeiten der NSDAP im internen Meinungsbildungsprozeß sich durchsetzen würden oder ob die vorhandenen Ansatzpunkte eine Korrektur dieses Programms im privatkapitalistischen Sinne zuließen. Genau bei diesem signifikanten Entscheidungsprozeß habe ich in meinem Aufsatz angesetzt und dabei eine Reihe von Fragen aufgeworfen: Gab es Gruppen in der NSDAP, die sich ja keineswegs als monolithischer Block artikulierte, welche womöglich divergierende Standpunkte in die Diskussion ›Kapitalismus in der Krise‹ einbrachten? Wie sah das wirtschaftliche Ordnungsbild unterschiedlicher Untergruppen aus, und war es etwa Wandlungen unterworfen? Dieses Problem erweiterte sich zu der Frage, ob womöglich eine engere Führungsgruppe in der NSDAP bereit war, in der Parteibasis verankerte Zielvorstellungen der politischen Strategie zu opfern. Festhalten am System der Privatwirtschaft oder Veränderung dieses Systems hin zum Staatskapitalismus, Staatssozialismus oder Ständesozialismus: Das waren die Ordnungsvorstellungen, zu denen es auch innerhalb der NSDAP unterschiedliche Überlegungen gab und die für die Haltung der Industrie zur NSDAP ausschlaggebend wurden.

Dieser Themenkatalog ist bereits von anderen Autoren als Prüfstein für die direkte oder indirekte Unterstützung des Nationalsozialismus durch die Großindustrie gewertet worden; er erhebt insofern auch keinen Anspruch auf Originalität. So hat z. B. Hans Mommsen zu Recht hervorgehoben: »Nachdem Hitler klargemacht habe, daß er an der Eigentumsstruktur der Wirtschaft keine fundamentalen Änderungen habe vornehmen wollen und damit die Sorge vor sozialistischen Tendenzen bei der Unternehmerschaft habe zurücktreten lassen, sei man – in gewisser Weise freiwillig, aber auch in gewisser Weise gezwungen – von dem Pferd Papens auf das Pferd Hitlers übergewechselt. Der Episode Schleicher sei keine längere Wirkung geblieben, weil Schleicher, vom Standpunkt der Unternehmerideologie und der konkreten sozialpolitischen Unternehmerinteressen betrachtet, nur eine Abart des Bolschewismus gewesen sei«⁴².

40 Abgedr. bei Turner, 1972, S. 47 ff.: Raumimperialismus; Antiparlamentarismus; unabhängige ›nationale‹ Wirtschaft unter dem Primat des Staates und der Politik; Volksgemeinschaft.

41 Vgl. dazu Stegmann, 1972, passim, und ders., 1976, passim (insbes. zu Wagener und Strasser); zu Wagener vgl. jetzt auch: Avraham Barkai, Die Wirtschaftsauffassung der NSDAP, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zu ›Das Parlament‹, B 9/75, 1. 3. 1975; Gerhard Schulz, Aufstieg des Nationalsozialismus, Berlin/Wien/Frankfurt 1975, S. 623 ff.; Dirk Stegmann, Zum Stellenwert der Wirtschaftsprogrammatische der NSDAP im Prozeß der Machtergreifung, in: Festschrift für Wolfgang Abendroth, Köln 1977.

42 *Industrielles System*, 1974, S. 944.

Bei der Diskussion des Verhältnisses von Industrie und NSDAP wird sich mithin das Erkenntnisinteresse auf Ideologie und Interesse von Unternehmern – wie auch auf die Interaktion beider – ebenso zu richten haben wie auf Ideologie und Interesse der NSDAP. Schließlich ist es notwendig, die Frage zu klären, ob, inwiefern und – falls ja – wann und in welcher Form die gegenseitige Beeinflussung sich vollzogen hat. Dabei führt eine Reduktion der NSDAP auf die Person Hitlers, wie Turner es eigentlich durchgehend tut⁴³, ebenso in die Irre wie die von demselben Autor zu Recht gerügte Reduktion der deutschen Industrie auf Thyssen oder Kirdorf, was ihn freilich – allerdings mit konträren Zielsetzungen – nicht hindert, seinerseits zur Abstützung seiner Theorie, es habe überhaupt keine kollektiven ökonomischen, politischen und sozialen Zielsetzungen ›der‹ Industrie gegeben, ausschließlich personalistisch vorzugehen und die Unternehmerschaft als eine atomisierte, zu kollektivem Handeln unfähige Gruppe zu beschreiben.

IV.

Mit dem oben skizzierten Ansatz hat Turner sich in seiner Kritik nicht auseinandergesetzt, vielmehr hat er sich darauf beschränkt, einen ihm offensichtlich unbequemen Forschungsansatz abzuqualifizieren, indem er mir schlichtweg Mißdeutung der Quellen⁴⁴ und der

43 Vgl. *Turner*, 1972, S. 165: »Nach allem, was man weiß, entschied Hitler im Gegenteil sehr wohl aus eigener Machtvollkommenheit«; er spricht im Zusammenhang der Einwirkung auf die Wirtschaftsprogrammatische der NSDAP nur undifferenziert von einer Abwehr des »Wirtschaftsradikalismus« (S. 103, 1972) bzw. von einem Bekehrungsversuch zu einer »konservativen Wirtschaftspolitik« (*ebda.*, S. 24); vgl. bes. auch *Turner*, 1975, passim.

44 Zu *Turners* Monita S. 63: Sie hängen damit zusammen, daß mir bei der Abfassung des Aufsatzes nur ein Teil – der größere – der Materialien in Kopien vorlag (hier hat eine äußerst penible Nachprüfung des Archivars der GHH, Bodo Herzog, nur einige geringfügige Fehler [in der Regel Kommafehler] zusätzlich zutage gefördert), der kleinere Teil in handschriftlichen Exzerpten, die ich zugegebenermaßen noch einmal hätte nachprüfen müssen. Ein Großteil der ›Fehler‹ sind reine Abschreibfehler bzw. Fehler bei der Reinschrift des Manuskripts. Turner weist an keiner Stelle seines Beitrages darauf hin, daß es sich bei den insgesamt 21 Dokumenten um 40 Seiten Drucktext handelt, ein Umfang, bei dem geringfügige Fehlerquellen nie ganz auszuschließen sind. Für äußerst problematisch halte ich, daß Turner mit seiner Formulierung, er habe wahrscheinlich nicht alle Fehler aufgedeckt, den Anschein erweckt, als wolle er generell meine Quellen in Frage stellen. Eindeutige Versehen – so z. B. das Auslassen des Wortes ›voraussichtlich‹ in dem im Text auszugsweise zit. Brief Schachts an Reusch vom 6. 6. 32 – werden in die Nähe des Verdachts der Quellenmanipulation gebracht, obwohl der Brief längst gedruckt als ganzes vorliegt (*Kurt Koszyk*, in: *VfZG* 20, 1972, S. 99 f. [Dok. Nr. 9]); ähnliches gilt für die Transskribierfehler aus schwer lesbaren handschriftlichen Briefen. Ähnliche Beckmesserei könnte man bei *Turner* üben (wobei man ihm den Vorwurf nicht ersparen kann, aus den benutzten Dokumenten nur teilweise zu schöpfen: in der Regel die Passagen, die seine eigene These bestätigen): vgl. z. B. 1972, S. 107, Anm. 44, wo er aus dem Brief des Harpener Fabrikanten Liebe-Harkort eine Frau macht – Eleanor –, die als Briefschreiber gar nicht vorkommt; wichtiger ist, daß Turner den Inhalt dieses Briefes – das Eintreten Thyssens für eine Kanzlerschaft Hitlers und seine Frontstellung gegen Hugenberg – gar nicht mitteilt. Der für das Verhältnis zwischen Ruhrindustrie und Hitler Ende 1930 bedeutsame Brief von J. Reichert (Geschäftsführer des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller) an seinen Kollegen Schlenker vom sog. Langnamverein vom 4. 12. 30 (vgl. jetzt die Auszüge daraus in meiner Anm. 48) wird nur verkürzt wiedergegeben, vgl. *Turner*, 1972, S. 134, Anm. 53, und S. 140, Anm. 74: Die NS-kritischen Passagen (Poensgen) werden bemüht, die positiven ausgespart. Kirdorf wird z. B. seit 1925 eine aktive Rolle in der Ruhrkohlenindustrie abgesprochen, obwohl die Dokumente das Gegenteil beweisen, vgl. H.A./GHH, Nr. 400 101 223/3: Lübsen an Reusch, 30. 1. 26, teilt mit, daß das Präsidium des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats nicht getagt habe, weil Kirdorf gefehlt habe. Turner spricht mehrfach von der »politischen Impotenz des Geldes«, unterschlägt dabei die – gegenteiligen – Aussagen der betroffenen Par-

Sekundärliteratur⁴⁵ und eine zu schmale Quellenbasis vorwirft^{45a}. Ich stehe nicht an, diese Behauptungen von Turner als aus der Luft gegriffen zu bezeichnen. Diese Feststellung bedarf selbstverständlich einer Begründung. Zunächst möchte ich allerdings Turner meinen Dank dafür aussprechen, daß er die bei der Transskription handschriftlicher Texte aufgetretenen Fehler korrigiert hat. Freilich jeder, der die z. T. kaum leserlichen Handschriften (hier ist eine über jeden Zweifel erhabene Lesart bisweilen eben nicht zu gewinnen) in den Quellen kennt, wird einen Teil solcher Fehler als eine zwar beklagenswerte, aber nie völlig auszuschaltende Fehlleistung sehen.

Weniger dankenswert erscheint es mir jedoch, daß H. A. Turner damit die Unterstellung verbindet, ich hätte z. T. die Quellen nicht richtig interpretiert bzw. sie beim Abdruck teilweise unrichtig wiedergegeben. Wer so schwere Vorwürfe erhebt, muß sich gefallen lassen, daß man auch seine Verfahrensweise genau unter die Lupe nimmt. Und die ist – zumindest, wenn es um einen wissenschaftlichen Kontrahenten und dessen Thesen geht – nicht gerade zimperlich. Dafür zur Veranschaulichung einige Beispiele: Um die Affinität gewisser Teile der Großindustrie schon vor 1930 zu Ideologien der NSDAP zu zeigen, die Turner leugnet, und um eine ideologische Kontinuität in ihrem Verhalten seit 1917/18 aufzuzeigen, habe ich u. a. das politische Verhalten Emil Kirdorfs und in diesem Zusammenhang auch sein Verhältnis zum Antisemitismus behandelt. Turner wirft mir vor, wahrscheinlich um meine Kontinuitätsthese ad absurdum zu führen, ich hätte Emil Kirdorf zu einem Antisemiten gestempelt⁴⁶. Derjenige, der meine Darlegungen liest, wird feststellen, daß ich behauptet

teifunktionäre, obwohl er diese Quellen kennt und zitiert: vgl. Turner, 1972, S. 148, Anm. 102, Bericht des Generalsekretärs Krüger (DVP) vom 6. 12. 32 (bei Turner falsch auf 12. 12. 32 datiert).

45 Was meinen von Turner getadelten Umgang mit der Sekundärliteratur angeht, so finde ich mich hier bei ihm in allerbesten Gesellschaft, hat er doch sehr pauschal der westdeutschen Geschichtsschreibung von G. Schulz bis Bracher und der amerikanischen (Hallgarten) – ganz zu schweigen von der der DDR – vorgeworfen, sie sei »erstaunlich lückenhaft, fehlerhaft und irreführend« (Vorwort, Turner, 1972); wenn man H. A. Turner ähnlich kritisiert – womöglich mit Gründen –, schreitet er als Zensor ein. Ganz abgesehen davon muß man sich fragen, ob Turner wirklich ein solch unbestechlicher Kritiker ist: Was soll man davon halten, wenn er 1972, S. 163, Anm. 10, das Buch von Reinhard Kühnl, Die nationalsozialistische Linke 1925 – 1930, Meisenheim 1966, einmal als »beschränkte und oberflächliche Studie« abqualifiziert, 1975 aber (Reappraisals of Fascism, S. 136, Anm. 8) als eine der beiden »basic studies of the Nazi left wing« lobt. – Die Kritik Turners, S. 41, Anm. 39, an Verweisen auf von mir angegebene Literaturstellen ist im übrigen größtenteils berechtigt: Das gilt für den Verweis auf Kirdorfs Memoiren, die nur die Anwesenheit Kirdorfs bei Vorträgen Hitlers im Revier bezeugen, nicht auch – wie ich angegeben hatte – ebenfalls die Thyssens; bei dem Verweis auf Heinrichsbauers Buch muß es »S. 38« heißen, nicht, wie bei mir, »S. 40«; zu den Darlehen Thyssens an die NSDAP vgl. Turner, 1972, S. 110 f. – ich selbst hatte allgemein auf Turners Aufsatz, S. 87 ff., verwiesen und diese Anm. kombiniert mit dem (richtigen) Verweis auf Heinrichsbauer, der auf die Kontakte NSDAP – Industrie generell seit 1930 verwiesen hatte. Der falsche Hinweis auf Th. Vogelsang ist ein offensichtlicher Schreibfehler, denn meine Angabe: S. 366, Anm. 67 gibt es tatsächlich nicht: Eine Anm. 67 existiert auf dieser Seite nicht. H. A. Turner, der nur die S. 366 als meine Angabe zitiert, hätte das leicht feststellen können. Der – richtige – Sachverhalt, auf den es ja ankommt, findet sich nun bei Vogelsang: S. 375 bis 376, bes. auch S. 375, Anm. 1818. Zur Datierung des genauen Eintritts Thyssens in die NSDAP vgl. jetzt John Leopold, Hugenberg and German Politics, Diss. (MS) 1970, Washington D. C., überarbeitete Fassung, 1974 (am 28. 1. 1932, zwei Tage nach Hitlers Auftreten vor dem Düsseldorfer Industrieclub).

45a Vgl. dazu Anm. 14.

46 Der einzige Fehler, der mir hier unterlaufen ist, ist die (m. E. verzeihliche) Aufschlüsselung des von Kirdorf benutzten Kürzels »Dr. S.« in »Georg Solmssen« statt richtig: A. Salomonsohn. Solmssen, eigentlich Salomonsohn (sein Vater hieß noch so, erst der Sohn änderte den Namen), war ebenfalls Bankier; vgl. ders., Beiträge zur Deutschen Politik und Wirtschaft, 1900 – 1933, 2 Bde., München/Leipzig 1934.

habe, Kirdorf und seine alldeutschen Hintermänner hätten den Antisemitismus bewußt als taktisches Mittel in Kauf genommen, um die Unterstützung der Massen zu gewinnen – was auch Turner nicht bestreiten kann. Kirdorf glaubte nämlich 1927, seinem jüdischen Geschäftsfreund Salomonsohn versichern zu können, der Antisemitismus der NSDAP werde nicht auf Dauer Bestandteil des NS-Programms bleiben, sondern nur als »Kampfpzweck mitbenutzt werden«. Genau das ist meine Interpretation.

Daß sich nach den Septemberwahlen 1930 Teile der Industrie Hitler zuwandten, andere zumindest in das Lager der Nationalen Opposition einschwenkten, will Turner auch nicht wahrhaben⁴⁷. Er bestreitet meine These von der Annäherung Fritz Thyssens Ende 1930 speziell an Hitler, zu deren Verdeutlichung ich u. a. seine Rede vor dem Hauptausschuß des Reichsverbandes der Deutschen Industrie herangezogen habe. Die hier sichtbar werdende Neuorientierung ist deshalb so wichtig, weil Thyssen bis dahin zu den treuesten Parteigängern Hugenberges gezählt hatte und als einer der führenden Industriellen in den Vereinigten Stahlwerken im nationalen Bereich der Wirtschaft über beträchtliches Ansehen verfügte. Turner wirft mir nun vor, meine Interpretation dieser »verwirrten« (Turner) Rede Thyssens im November 1930, auf einer Sitzung, an der auch Brüning teilgenommen hat, sei nicht belegt, d. h. ich hätte eben die Quellen nicht richtig interpretiert. Seinen Vorwurf belegt er mit einem Verweis auf den Wortlaut der Thyssenschen Rede (im Mitteilungsorgan des RDI), der seine These zu stützen scheint. Was er dabei aber schlichtweg übergeht, ist folgendes: Ich stütze mich durchaus nicht nur auf diese Quelle, sondern auch u. a. auf den zwei Anmerkungen weiter z. T. abgedruckten Brief des Geschäftsführers des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, Reichert, an seinen Kollegen in der Ruhrindustrie, Schlenker. Und dieser Brief nun bestätigt meine Aussage⁴⁸. Die gedruckte Wahrheit 1930 war eben nur die halbe Wahrheit. Das Verhalten Turners ist um so merkwürdiger, als er selbst diese Quelle kennt, sie selbst auch benutzt hat, die fragliche Passage an dieser Stelle aber nicht heranzieht. Muß man unterstellen, daß er so verfährt, weil sie ihm nicht in die eigene Thesenbildung paßt?

Für diese punktuelle und z. T. die Interpretationsansätze nicht in aller Breite wiedergebende Kritik Turners mag auch seine Darstellung des Verhältnisses des Großunternehmertums zur Harzburger Front 1931 stehen. Turner disqualifiziert meine Interpretation auf den Seiten 420 ff., indem er willkürlich meine Anmerkungen Nr. 99–101 ausspart, die die Belege dafür bieten, daß sich die Ruhrindustrie seit dem Frühjahr 1931 in der großen Mehrzahl von Brüning abwandte und sich in die Nationale Opposition einreichte. Aus der Tatsache, daß z. B. Reusch und Springorum nicht persönlich an der Tagung in Harzburg teilnahmen (was auch mir hinlänglich klar gewesen ist und was ich im übrigen auch gar nicht gesagt habe), schließt Turner, daß beide nicht mit den Zielsetzungen der Nationalen Opposition übereinstimmten. Das Gegenteil ist richtig⁴⁹. Turner gibt im übrigen meine

47 Vgl. dazu *meine* demnächst erscheinende Dokumentation: Brüning und die Schwerindustrie 1931/1932, 1977.

48 BA Koblenz, R 13 I/602, Reichert an Schlenker, 4. 12. 30: »Kastl konnte mir [...] andeuten, daß in dieser Entwicklung nicht nur das Auftreten Thyssens vor Präsidium, Vorstand und Hauptausschuß des Reichsverbandes der Deutschen Industrie eine Rolle spiele, sondern daß eigentlich im Wesentlichen der Einfluß von Adolf Hitler hier unverkennbar hervorgetreten sei. Er, Kastl, sei davon unterrichtet, wie Adolf Hitler im Revier bei den führenden Herren aufgetreten sei und welchen starken Eindruck das hinterlassen habe«.

49 Vgl. Anm. 47. Zurückzuweisen ist auch der Vorwurf, daß ich die »Deutschen Führerbriefe« »wiederholt als Indiz für die politische Haltung der Großunternehmer« (Turner, 1975, S. 43) angeführt habe. Ich habe lediglich darauf verwiesen – was zutreffend ist –, daß die »Führer-

vorsichtige Interpretation der Spannungen innerhalb der Harzburger Front unzutreffend wieder, wenn er schreibt, ich hätte den irreführenden Eindruck zu erwecken gesucht, daß jegliche Opposition zu Brüning gleichzusetzen sei mit Zugehörigkeit zur Harzburger Front, »d. h. mit einer Bereitschaft, mit der NSDAP zu paktieren«^{49a}. Wer sich die Mühe macht, meine Ausführungen zu lesen, wird zu einem anderen Ergebnis kommen⁵⁰.

Das Verhältnis von NSDAP und Wirtschaft nach 1930 ist für Turner durch den Primat Hitlers über die Großindustrie definiert, deren Exponenten lediglich als Statisten ohne jeden Handlungsspielraum agieren. Daß die Großindustrie ihrerseits Einfluß auf Hitler zu nehmen verstand und ihn womöglich dazu bewog, das Wirtschaftsprogramm seiner eigenen Basis fallen zu lassen, ein solches Problem stellt sich für Turner nicht. Darum setzt an diesem Punkt massiv seine Kritik ein. Dafür einige Beispiele: Turners Kritik an dem von mir abgedruckten und interpretierten Brief Schachts an P. Reusch vom 12. September 1932. Abgesehen davon, daß Turner in durchaus apologetischer Manier, nämlich um Schachts Bedeutung als politischen Zwischenträger zwischen NSDAP und Industrie herunterzuspielen⁵¹, diesen als »politischen Abenteurer« hinstellt – eine These, für die es im übrigen keinen stichhaltigen Beleg gibt, Turner zumindest bringt ihn nicht bei –, unterstellt er mir eine »völlig irreführend[e]« Interpretation, insbesondere eine »eindeutige Mißachtung der zeitlichen Reihenfolge von Ereignissen«. Ich habe nämlich zu behaupten gewagt, daß Hitler aufgrund der Kritik Schachts, des maßgeblichen Verbindungsmannes zur rheinischen Schwerindustrie über den gerade inaugurierten sog. Keppler-Kreis in der NSDAP, selbst seit 1931 Parteigänger Hitlers, das sog. Wirtschaftliche Sofortprogramm vom Juli 1932 zurückzog. Hinter diesem wirtschaftlichen Krisenprogramm stand in erster Linie der Strasserflügel der Partei⁵². Dieses ist deshalb geschehen, weil u. a. massiver Protest gegen die staatssozialistisch eingefärbte Programmatik seitens der Großindustrie geübt worden war; in diesem Zusammenhang habe ich mich auch auf den Schacht-Brief bezogen. Turner streitet diesen Sachverhalt ab; folgt man ihm, so hat Schacht Hitler »zum ersten Male« im September 1932 Klagen in dieser Richtung unterbreitet. Bei dieser Gelegenheit hätte Hitler Schacht eröffnet, er habe das beanstandete Heft, das in der Broschürenreihe der NSDAP erschienen war, »schon früher« (Turner) einstampfen lassen! Von einem gezielten Druck seitens der Industrie bzw. Schachts könne also keine Rede sein! Etwas anders sieht der Sachverhalt aus, wenn man in die Analyse miteinbezieht (was Turner nicht tut und deshalb auch seine

briefe« »Verbindungen«, vor allem über die Pressestellen des Langnamvereins bzw. des Bergbaulichen Vereins, zur Schwerindustrie hatten: Als Belegstelle habe ich nicht nur auf Schlenkers Brief an Reusch vom März 1932 (der trotz partieller Kritik am Kurs der »Führerbriefe« diesen Sachverhalt bestätigt), sondern auch auf eine zweite Belegstelle aus dem Jahre 1929 verwiesen, die Turner verschweigt.

49a Turner, 1975, S. 58.

50 In diesem Zusammenhang ist es verwunderlich, wenn H. A. Turner als Beleg für seine Thesen einen Bericht des Reusch-Vertrauten v. Gilsa zitiert (vom 13. 10. 31), dabei aber die Absätze ausspart, die ein Indiz dafür sind, daß Reusch und sein Kreis an den Intrigen Cunos (Hapag) bei Hindenburg, Brüning zu stürzen, indirekt beteiligt war (vgl. für den Zusammenhang jetzt das von mir abgedruckte Dokument: *Stegmann*, 1976, S. 80 ff.). Das Resümee v. Gilsas fehlt bei Turner: »Bemühungen, den Herrn Reichspräsidenten weiter von Brüning abzubringen, sind im Gange«; vorher hatte v. Gilsa davon gesprochen, diese Taktik sei »wohl die Auffassung unserer [sic!] Kreise«. Auch dieser Passus bleibt bei Turner unerwähnt, vgl. Turner, 1975, S. 58, Anm. 62.

51 Vgl. demgegenüber die Wertung Schachts durch den Krupp-Schwager v. Wilmowski 1931, in: H.A./GHH, Nr. 400 101 290/39, Wilmowski an Reusch, 17. 12. 31, und den Tenor der von mir 1973 abgedruckten Briefe Reuschs an Schacht.

52 Zur Genesis dieses Programms vgl. zuletzt *Schulz*, S. 902, Anm. 87.

Chronologie ad absurdum führt), daß bereits am 27. 7. 1932 Paul Reusch von der Gutehoffnungshütte gegenüber Schacht angeregt hatte⁵³, die von Schacht begründete sog. »Arbeitsstelle« solle eine Gegendenschrift verfassen, die Schacht persönlich an Hitler weiterleiten solle; das werde die Wirkung erhöhen, auch wenn bereits von »anderer Seite« auf die Parteileitung der NSDAP in München eingewirkt worden sei – ein Indiz für bereits vorausgegangene Pressionen auf Hitler seitens interessierter Kreise. Zusätzlich nahm dann am 8. 9. 1932 der Geschäftsführer des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Herle, in einem langen Exposé⁵⁴ zu dieser Wahlkampfbroschüre kritisch Stellung. Vorausgegangen war außerdem die Empfehlung Schachts an Hitler vom 29. August⁵⁵, in Zukunft kein detailliertes Wirtschaftsprogramm herauszugeben, eine verhüllte Kritik am Wirtschaftlichen Sofortprogramm. Man kann also durchaus von Pressionen auf Hitler seit dem Sommer 1932 sprechen. Bei Turner findet sich davon kein Wort, obwohl ihm diese Aktenbestände bekannt sind.

Genauso wichtig ist, daß führende Repräsentanten der Schwerindustrie – abgesehen von Schacht selbst – Hitler persönlich schon seit dem Frühjahr 1932 darauf hingewiesen hatten, es sei nötig, Wirtschaftsprogramme aufzustellen, die »Industrie und Handel mitmachen können«⁵⁶. Reusch z. B. hatte bei seinem Besuch bei Hitler am 19. 3. 1932 in München⁵⁷ in dieser Angelegenheit persönlich interveniert⁵⁸; diesem war schon aufgrund massiver Kritik von industrieller Seite spätestens seit 1931 klar, daß z. B. die wirtschaftspolitischen Zielkonzeptionen des Leiters der Wirtschaftspolitischen Abteilung (WPA) seiner Partei, O. W. Wagener⁵⁹, ganz zu schweigen von denen G. Feders, für die Großindustrie inakzeptabel waren. U. a. aus diesem Grunde hatte Hitler bewußt an Stelle Gregor Strassers in öffentlicher Versammlung am 26. 1. 1932 vor dem Düsseldorfer Industrieclub gesprochen und dabei seine 1927 gegenüber Kirdorf gemachten Zusagen erneuert. Diese standen in enger geistiger Verwandtschaft mit Überzeugungen, wie sie z. B. das Mitglied in der Geschäftsführung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Hans Reupke, 1931 publiziert hatte⁶⁰, mit dem Hitler in Kontakt stand. Daß Hitler durchaus auf diese Kritik reagierte und sie ernst nahm, ist deutlich: Nur so ist zu verstehen, daß er im Frühjahr 1932⁶¹ so weit ging, gegenüber Keppler (der dies seinerseits dem Hamburger Großkaufmann E. Helfferich zutrug) die Theoretiker des Braunen Hauses in München, d. h. Feder und Wage-

53 Abgedr. als Dok. Nr. 12 bei Kurt Koszyk, Paul Reusch und die »Münchner Neuesten Nachrichten«, in: VfZG 20, 1972, S. 75 – 103, hier S. 103, dort auch bereits eine Kritik an der Darstellung Turners, bes. S. 103, Anm. 84.

54 Abgedr. in Stegmann, 1973, S. 552 ff. (Dok. Nr. X).

55 IMT, Bd. 36, S. 536.

56 Abgedr. in: Stegmann, 1973, als Dok. Nr. VIII (S. 450 f.) und Nr. IX (S. 451 f.).

57 *Ebda.*, S. 424.

58 Vgl. auch die ähnliche Motivation des Reusch-Vertrauten v. Gilsa (Oberst a. D., DVP bis Anfang 1932, dann DNVP) in einer Denkschrift vom 19. 12. 31, die dafür plädierte, die »privatwirtschaftlich orientierte Gruppe« in der Nationalen Opposition zu stärken, vor allem auch den Kreis um Hitler, vgl. Frankfurter Zeitung, 12. 2. 32, Hitler soll kapitalistischer werden.

59 Vgl. dazu Stegmann, 1973, S. 424, Anm. 120; ders., 1976, bes. S. 64 ff. (für die Zeit nach dem 30. 1. 33).

60 Hans Reupke, *Der Nationalsozialismus und die Wirtschaft*, Berlin 1931; zur Rezeption vgl. die Dokumente bei Stegmann, 1976, S. 76 ff.; zu Reupkes Verbindung zu Hitler 1930 vgl. Klaus-Peter Hoepke, *Die deutsche Rechte und der italienische Faschismus*, Düsseldorf 1968, S. 150 f. Bei Turner taucht der Name Reupke nicht auf.

61 Vgl. Emil Helfferich, *Ein Leben*, Bd. IV, Jever 1964, S. 12: Notiz von Kranefuß über ein Gespräch Hitlers mit Keppler am 14. 5. 32: Hitler habe Keppler »in aller Form plein pouvoir erteilt mit dem ausdrücklichen Bemerkem, daß er sich um die Theorien des Braunen Hauses absolut nicht zu kümmern brauche«.

ner, offen zu desavouieren. Gerade auch die Bildung des sog. Keppler-Kreises, vor dem Hitler persönlich am 20. 6. 1932 in seinen Zusicherungen noch viel weiter ging, was Turner unerwähnt gelassen hat, hatte vorrangig ebenfalls die Funktion, die Exponenten der Großindustrie hinsichtlich der Schwerkraft »sozialistischer« Parolen in der NSDAP zu beschwichtigen. In ähnlicher Weise ging W. Funk vor, seit 1931/32, abgesehen von W. Keppler, Hitlers engster Wirtschaftsberater. Funk erklärte Mitte 1932 vor ausgewählten Industriellen in internen Gesprächen⁶², sie müßten zwischen massenwirksamen Parolen und tatsächlicher Politik der Partei unterscheiden. In dem Maße nun, in dem Wagener, von Renteln, Feder u. a. m. im Herbst 1932 durch die am 17. 9. 1932 erfolgte Umorganisation der Wirtschaftsabteilung der NSDAP von Hitler schrittweise entmachtet wurden⁶³, vollzog sich andererseits der Aufstieg Walther Funks zum unbestritten ersten wirtschaftspolitischen Berater Hitlers. Nach der definitiven Entmachtung Strassers Anfang Dezember 1932 nahm er in der wirtschaftspolitischen Hierarchie der NSDAP die entscheidende Stelle ein⁶⁴: Er hatte schon im Oktober 1932 maßgeblich das neue sog. »Aufbau-Programm« der Partei formuliert, ein Wirtschaftsprogramm, das dezidiert von den Positionen des Strasserschen Sofortprogramms vom Juli 1932 abrückte und den Vorstellungen der Großindustrie, bei aller partiellen Kritik, weit entgegenkam⁶⁵. Es verzichtete auf die im Strasser-Renteln-Programm vom Sommer 1932 stark herausgearbeitete Mittelstandsprogrammatik zugunsten der Betonung großindustrieller und agrarischer Interessen; explizit mittelständische Forderungen wurden nur noch ganz vage angesprochen. Dafür stand die großwirtschaftliche Produktionspolitik im Mittelpunkt. Für den Annäherungskurs an die Industrie mag selbst Feder stehen, der in der 7. Auflage seines Kommentars zum 25-Punkte-Programm »Der deutsche Staat auf nationaler und sozialer Grundlage« (München 1932) Positionen, die gegen die Großindustrie zielten, stark modifizierte⁶⁶. Zur gleichen Zeit wurde auch die Erörterung ständestaatlicher Verfassungspläne seitens der Parteileitung unterbunden, weil diese in der Großindustrie auf Ablehnung stießen, worauf H. A. Winkler hingewiesen hat⁶⁷. Von all diesen Zusammenhängen findet sich bei Turner kein einziges Wort, obwohl diese Aspekte bereits bei Autoren wie G. Schulz⁶⁸ oder H. A. Winkler⁶⁹ erörtert worden

62 Abgedr. bei *Stegmann*, 1973, als Dok. Nr. III, S. 445 f.; vgl. ähnlich Dr. Klein (Gauwirtschaftsberater der NSDAP) auf der Tagung des Gauwirtschaftsrates der Partei in Düsseldorf vor Düsseldorfer Industriellen am 23. 7. 32, H.A./GHH, Nr. 400 101 308/9, v. Gilsa an Reusch, 25. 7. 32: »So nebenbei erwähnte der Vortragende, daß die Nationalsozialisten ganz vernünftige Leute seien. Man solle sich nicht durch die in den Parlamenten angenommenen Anträge abstoßen lassen, diese seien aus anderen Gründen entstanden«.

63 *Schulz*, S. 737 f.

64 Völkischer Beobachter vom 17. 12. 32: In der neu geschaffenen Politischen Zentralkommission der NSDAP übernahm Funk in der Kommission für Wirtschaftsfragen die Unterkommission A für Wirtschaftspolitik, zudem wurde er in wirtschaftlichen Fragen Berater Hitlers, mit dem zusammen er die Wirtschaftsbeauftragten der Reichsleitung ernannte. Feder wurde auf wirtschaftstechnische Fragen und Fragen der Arbeitsbeschaffung beschränkt.

65 Vgl. *Stegmann*, 1976, S. 51; und in Festschrift für W. Abendroth, demnächst.

66 1931 (6. Aufl.) wurden »Riesenbetriebe« noch in der Programmatik »verstaatlicht« (S. 35), 1932 (7. Aufl.) nurmehr »bekämpft«; dazu traten weitere Abschwächungen, vgl. die Angaben in: Frankfurter Zeitung 899, 2. 12. 32, Parteiprogramm mit Durchschuß. Vgl. auch die unterschiedlichen Passagen betr. Arbeiterentlohnung: (6. Aufl., 1931, S. 46 f.; 7. Aufl., 1932, dito).

67 *Heinrich August Winkler*, Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus, Köln/Berlin 1972, S. 174.

68 Vgl. dazu bereits *Karl-Dietrich Bracher / Wolfgang Sauer / Gerhard Schulz*, Die nationalsozialistische Machtergreifung, 2. Aufl., Köln/Opladen 1962, S. 400 ff.; ebenso *Schulz*, S. 737, der ausdrücklich meiner Interpretation folgt.

69 Vgl. dazu Anm. 67 und *ders.*, Unternehmerverbände zwischen Ständeideologie und Nationalsozialismus, in: VfZG 17, 1969, S. 341 – 371, bes. S. 361.

sind. Angesichts dieses schier erdrückenden Materials scheint mir auch die Zurückziehung des ›Wirtschaftlichen Sofortprogramms‹ sinnfällig zu sein. Sie liegt genau in der Konsequenz der Bündnisstrategie Hitlers; dieses Programm konnte jetzt durch ein neueres, ›besseres‹ ersetzt werden, nachdem das erste seinen propagandistischen Effekt bei den Wahlen vom Juli 1932 erwiesen hatte.

Diese Bündnispolitik und Taktik Hitlers wiederum trugen auf seiten der Großindustrie ihre Früchte. Hitler wurde für Teile der Großindustrie, im Gegensatz zu Strasser etwa, zu einem geeigneten politischen Repräsentanten, den man im Sinne der eigenen wirtschafts- und sozialpolitischen Zielsetzungen einspannen zu können glaubte. Meine Belege für diese These läßt Turner nicht gelten, zum Beispiel den von mir herangezogenen Brief von Blank (Büro Berlin der Gutehoffnungshütte) an P. Reusch vom 3. 9. 1932⁷⁰, in dem davon die Rede ist, A. Heinrichsbauer, ein politischer Vertrauensmann der Ruhrindustrie (und hier besonders des Kohlenbergbaus), habe für eine Kanzlerschaft Hitlers plädiert. Abgesehen davon, daß Turner diesen wichtigen Brief an keiner Stelle in seiner Interpretation von 1972 auch nur erwähnt hat (obwohl er ihn kannte), muß seine eigene nachgeschobene Interpretation, die dauernd mit Ausdrücken wie »m. E.«, »wahrscheinlich«, »ist nicht auszuschließen« etc. operiert, zumindest strittig bleiben⁷¹. Heinrichsbauer, den Turner wiederum lieber als Lobbyisten und politischen Intriganten abqualifizieren möchte^{71a}, war nicht nur Herausgeber des von der Ruhrindustrie seit 1920 subventionierten ›Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsdienstes‹⁷², sondern er agierte spätestens seit 1930 als politischer Zwischenträger zwischen NSDAP und Schwerindustrie in Berlin⁷³. Er selbst bezeichnete sich rückblickend als »Verbindungsmann zwischen Bergbau und Strasser«⁷⁴. Seine persönlichen Kontakte zu Funk kamen ihm dabei zugute; 1931 wurde er von Hitler persönlich empfangen. 1932 z. B. erstattete er u. a. dem Generaldirektor der Gutehoffnungshütte, Paul Reusch, mehrfach politische Berichte; er wurde, durchaus unüblich für Reuschs sonstigen Führungsstil, zur Aussprache über seine Denkschriften zur Situation der NSDAP sozusagen in Privataudienz⁷⁵ empfangen. Er vermittelte bzw. suchte Gespräche zwischen Großindustriellen und Nationalsozialisten (Strasser, Schultz, Funk) zu vermitteln⁷⁶. Er trat dabei in seinen Briefen nicht als irgendein Lobbyist auf, sondern sprach, als er z. B. gegenüber Gregor Strasser auf stattgehabte Gespräche führender Industrieller mit Funk in Essen verwies, von der eigenen Gruppe der Wirtschaft einschließlich seiner eigenen Person ganz selbstverständlich als »wir«⁷⁷. Heinrichsbauer war so sehr in Interna der Industrie eingeweiht, daß er, als er nach

70 Vollständiger Abdruck jetzt bei *Stegmann*, 1976, S. 85 f.

71 Meiner Interpretation folgt auch *Schulz*, S. 738.

71a *Turner*, 1975, S. 48.

72 Vgl. *Kurt Koszyk*, *Deutsche Presse 1914 – 1945*, Berlin 1972, S. 176 f.

73 Vgl. *Stegmann*, 1973, S. 416 f.

74 Zit. bei *Turner*, 1975, S. 49.

75 H.A./GHH, Nr. 400 101 226/28, Reusch an Heinrichsbauer, 27. 2. 32; ders. an dens., 14. 4. 32; ders. an dens., 5. 6. 32; Wagner (Sekretär von Reusch) an dens., 25. 7. 32; Reusch an dens., 2. 8. 32.

76 Ebda., Reusch an Heinrichsbauer, 27. 2. 32: Heinrichsbauer hatte hier ein Treffen Reuschs mit Gregor Strasser angeregt, das jedoch nicht zustande kam; ders. an dens., 8. 8. 32, regt an, daß Heinrichsbauer ein Treffen zwischen Strasser und Hamm (DIHT) vermittele, und fragt an, ob die Zusammenkunft zwischen Hitler und dem Reichsbankpräsidenten Luther stattfinde bzw. ob Heinrichsbauer etwas veranlaßt habe; ebda., Reusch an dens., 12. 8. 32; vgl. auch Heinrichsbauer an Gregor Strasser, 20. 9. 32, abgedr. als Anlage 23 bei *Günter Plum*, *Gesellschaftsstruktur und politisches Bewußtsein in einer katholischen Region 1928 – 1933*, Stuttgart 1972, S. 301 ff., betr. Treffen Industrielle – Funk in Essen.

77 *Plum*, S. 301.

dem 30. 1. 1933 bei Hitler in Ungnade fiel, von der Ruhrindustrie gedeckt und weiterbeschäftigt wurde⁷⁸.

Entgegen Turners Ansicht ist er weitgehend als Sprachrohr des pronazistischen Flügels innerhalb der Ruhrindustrie zu bezeichnen⁷⁹, der sich 1932 weitgehend deckte mit einer Gruppe von Männern um Kirdorf, Thyssen und Brandi, d. h. einer Gruppe im Ruhrkohlebergbau. Angesichts der ungünstigen Quellenlage habe ich nun eher vorsichtig unterstellt, daß die Qualität seiner Beziehungen zum Ruhrkohlebergbau eine andere gewesen ist als zum Kreis um Reusch, der ja noch eine zurückhaltende Politik gegenüber der NSDAP verfolgte, d. h. daß Heinrichsbauer eher für die Kohleindustrie an der Ruhr sprach. Ihn abzutun als Lobbyisten, wie das Turner tut, halte ich für unangemessen. Neue Dokumente legen sogar nahe, daß Heinrichsbauer direkt an der Formulierung des sog. ›Wirtschaftlichen Aufbauprogramms‹ der NSDAP vom Oktober 1932 beteiligt war⁸⁰, das den mittelbetrieblichen Ständesozialismus fallen ließ, wenn auch staatssozialistische Zielsetzungen unübersehbar blieben, die z. B. im Kreis um Reusch auf Ablehnung stießen. H. A. Turner verschweigt, daß, ganz auf der politischen Linie des Briefes Heinrichsbauers vom September 1932, der ja die Kanzlerschaft Hitlers favorisierte, sich auch der Nachfolger Hugenbergs als Vorsitzender des Bergbaulichen Vereins und der Fachgruppe Bergbau im Reichsverband der Deutschen Industrie, Brandi, bewegte: Er betonte rückblickend Anfang Februar 1933⁸¹, er habe schon seit August 1932 für ein Kabinett unter der Führung Hitlers, eingerahmt von konservativen Fachleuten, plädiert. Es ist unwahrscheinlich, daß Heinrichsbauer aus eigener Machtvollkommenheit solche weitreichenden Angebote machte, wenn er nicht gedeckt war. Bei Turner findet man von diesen Zeugnissen keine Spur⁸².

78 H.A./GHH, Nr. 400 101 290/36 b, Reusch an Springorum (Hoesch), 13. 12. 34: »Heinrichsbauer dürfen wir nicht fallenlassen. Ich empfehle, ihm seine Bezüge vorläufig weiter zu zahlen, bis wir etwas anderes für ihn gefunden haben«. Dieses geschah.

79 *Heinrichsbauer* sprach ebenfalls in seinem Brief an Strasser vom 20. 9. 32 (vgl. Anm. 76) davon, daß »sehr maßgebliche Herren des Reviers sich bei ausschlaggebenden Berliner Stellen sehr stark dafür eingesetzt haben, daß man Herrn Hitler das Reichskanzleramt übertrage« (S. 304).

80 H.A./GHH, Nr. 400 127/3, Scherer, Abt. W(irtschaft) der Gutehoffnungshütte, an Reusch, 24. 10. 32, mit Verweis auf Schreiben Heinrichsbauers vom 17. 10. 32 in diesem Sinne (das in der Akte fehlt): vgl. *Stegmann*, 1976, S. 51.

81 Brief vom 6. 2. 33, mitgeteilt von *Fritz Klein*, in: *ZfG* 12, 1973, S. 1523.

82 Auch seine Kritik an meiner Interpretation, auf Druck Heinrichsbauers und seiner Hintermänner seien bereits 1930/31 interne Denkschriften zum Wirtschaftsprogramm der NSDAP nicht zum Druck gelangt, ist nicht stichhaltig: *Turner* schließt aus der Formulierung Blanks: »Seit dem Erscheinen der Schrift des Herrn Wagener« unzulässig darauf, daß diese Schrift tatsächlich verbreitet worden sei (1975, S. 50); das war jedoch keineswegs der Fall: Tatsächlich wurde sie nur parteiintern verbreitet und eben nicht veröffentlicht, vgl. *Schulz*, S. 628; das aber habe auch ich nur behauptet. *Wagener* selbst gibt in seinem nach dem 30. 1. 33 erschienenen Buch: *Nationalsozialistische Wirtschaftsauffassung und Berufsständischer Aufbau*, Berlin 1933, S. 3, eine Bestätigung dieser Auffassung, wenn er schreibt, er habe aufgrund der kontroversen Auffassungen nicht »in der Öffentlichkeit« arbeiten können. Aus dem Aufsatz von A. Barkai geht hervor, daß *Wagener* erst im März 1932 eine parteiinterne Schrift ›Das Wirtschaftsprogramm der NSDAP‹ veröffentlichte; alle anderen Arbeiten blieben aufgrund der Pressionen Heinrichsbauers und seiner industriellen Hintermänner Entwürfe, nicht zuletzt, weil Hitler laut den ungedruckten Memoiren *Wageners* »die Wirtschaft nicht [...] erschrecken« wollte (zit. bei A. Barkai, a. a. O., S. 11; *Turner*, der in seinem 1976 erschienenen Aufsatz die Memoiren *Wageners* benutzt hat, zitiert diese m. E. wichtige Passage nicht).

V.

Am problematischsten ist die Turnersche Kritik an meiner Interpretation der Entstehung und der Funktion des sog. Keppler-Kreises, zu der abschließend Stellung genommen werden soll. Abgesehen davon, daß Turner den Kreis um den Wirtschaftsberater Hitlers, Keppler, und die sog. Arbeitsstelle Schacht in seiner Arbeit von 1972 als völlig peripher und unbedeutend in einige Anmerkungszeilen verwiesen und bagatellisiert hat – die ›Arbeitsstelle Schacht‹ sei ein »totgeborenes Kind« geblieben –, wobei auffällig ist, daß er die in den Memoiren E. Helfferichs abgedruckten Briefe seinerseits gar nicht benutzte, obwohl sie ganz neues Licht auf die Ereignisse im Jahre 1932 werfen, gibt er jetzt meine Deutung unkorrekt wieder. Was Turner plötzlich als eigene Interpretation ausgibt, ist durchaus bei mir aufzufinden: die Existenz zweier *selbständiger* Gremien, die aber – was wichtig ist – im Sommer 1932 miteinander verquickt wurden, dadurch nämlich, daß mit Schacht und Vögler zwei Mitglieder der sog. ›Arbeitsstelle‹ auch im Keppler-Kreis vertreten waren⁸³. Dieses neue Gremium, der sog. *Keppler-Kreis* (eigentlich Studienausschuß für Wirtschaftsfragen), dem Angehörige eines von Hitlers Wirtschaftsberater Keppler seit Ende 1931 zusammengeführten Kreises und auch der ›Arbeitsstelle Schacht‹ angehörten, bildete jene strategische Clique, die u. a. für die Eingabe von November 1932 an Hindenburg, Hitler mit der Kanzlerschaft zu betrauen, als spiritus rector mitverantwortlich war.

Turners Kritik ist für mich in keiner Weise stichhaltig: Daß Schachts Bereitschaft, bei Keppler mitzuarbeiten, als »Kapitulation« gewertet werden muß, vermag ich nicht einzusehen. Ansonsten wiederholt Turner nur seine alten Thesen (»in politischer Hinsicht ein totgeborenes Kind«, »Torso der von Schacht im März gehegten Erwartungen«), ohne stichhaltige Belege für diese weitgehenden Behauptungen zu liefern⁸⁴. Er verschweigt im übrigen den Empfang des ›Keppler-Kreises‹ bei Hitler am 20. Juni 1932 und dessen weitreichende wirtschaftspolitische Zusagen an die versammelten Industriellen⁸⁵. Ja, Turner geht so weit zu bestreiten, die mit mehreren 10 000 RM finanzierte ›Arbeitsstelle Schacht‹ habe als Gruppe überhaupt funktioniert⁸⁶. Das viel wichtigere Problem, inwieweit mittels formeller und informeller Kontakte auf die wirtschaftliche Programmatik der NSDAP eingewirkt werden konnte, wird nicht dargelegt, ganz im Gegenteil: Der Keppler-Kreis wird als »nationalsozialistische Einrichtung« bezeichnet und seine Tätigkeit als »Machenschaften«

83 Meiner Darstellung folgt insgesamt auch *Schulz*, S. 718 f. Die Tatsache, daß *H. A. Turner* auch 1975 noch den Keppler-Kreis bzw. die Arbeitsstelle Schacht in das Frühjahr 1932 datiert (S. 30, 50) statt in den Sommer 1932, zeigt seine Unsicherheit im Hinblick auf diese Zeit.

84 *Turner*, 1975, S. 53. Aus einer mißverständlich plazierten Anmerkung bei mir (die nur auf einen inhaltlichen Aspekt verweisen sollte, der schon abgehandelt war) macht *Turner* eine pauschale Kritik an meinen Thesen (S. 55, Anm. 57), obwohl aus meinem Text selbst etwas später einwandfrei der intendierte richtige Sachverhalt hervorgeht (worauf *Turner* dann im übrigen auch hinweisen muß, mir dies aber als »Widerspruch« anlastet!). In dieser Methode liegt bei *Turner* System: Sie läuft auf Verunsicherung des potentiellen Lesers meiner Darlegungen hinaus.

85 *Stegmann*, 1973, S. 427: Mitteilungen Helfferichs, Kepplers (nach 1945), Steinbrincks (nach 1945); vgl. auch *Reinhard Vogelsang*, *Der Freundeskreis Himmler*, Göttingen/Zürich/Frankfurt 1972, S. 29 (mit anderer Datierung), und *G. W. Hallgarten*, in: *Hallgarten/Radkau*, S. 207.

86 Die Belege dafür, die *Turner* gibt, sind nicht einleuchtend; tatsächlich erstellte die ›Arbeitsstelle Schacht‹ mehrere Gutachten bis Ende 1932, die innerhalb der Finanzier-Kreise zirkulierten. Leider sind die seinerzeit im NL Helfferich vorhandenen Denkschriften zur Zeit nicht mehr erreichbar (Mitteilung der Familie Helfferich an den Verfasser vom Mai 1973); zwei Gutachten sind in Industriearchiven überliefert.

disqualifiziert^{86a}, ungeachtet der Tatsache, daß seine Mitglieder Schacht, Helfferich, Vögler, Reinhardt oder Hecker gar keine Nazis waren, und obwohl aus Helfferichs Memoiren hervorgeht, daß Krogmanns und Helfferichs Vorschläge, den Keppler-Kreis als Ausschuß direkt in die Partei einzugliedern⁸⁷, erfolglos blieben (was Turner wieder unerwähnt läßt), weil Schacht und Keppler selbst die informelle Ebene bevorzugten. So wird der Keppler-Kreis entgegen den Quellen zu einem reinen *Parteiorgan* stilisiert und damit unerheblich für Turner. Auf diese Weise kann dieses Gremium nach Belieben als unabhängig von autonomen Interessen der Großindustrie klassifiziert werden. In dieser Interpretationsartistik steckt ein Kalkül: In allen Fällen sollen sowohl informelle wie formelle Kontakte auf unterschiedlichsten Ebenen zwischen NSDAP und Unternehmertum schlichtweg verneint und im Gegenzug die absolute Autonomie der Entscheidung der NSDAP, speziell Hitlers, betont werden. Wenn auch Turner nicht leugnen kann, daß z. B. Hitler 1932 eine wirtschaftliche Umorientierung vollzog, dann stellen sich bei ihm nur psychologisierende Deutungen ein: Dann ist von der Enttäuschung und »Unzufriedenheit«⁸⁸ Hitlers über seine Wirtschaftsberater in der Partei die Rede, d. h. von ganz vagen Kategorien, die in der Regel nicht nachprüfbar sind. Der komplizierte Mechanismus von Aktion und Reaktion im Herbst 1932, von Polarisierung und Lagerbildung innerhalb der NSDAP und der Industrie, wobei es deutliche Indizien dafür gibt, daß es Berührungspunkte zwischen »linkem« Flügel der NSDAP und radikalisierten Gruppen in der mittelständischen Unternehmerschaft gab, Entwicklungen, die wiederum die Annäherung der Großindustrie an Hitler forcierten⁸⁹, diese Aspekte diskutiert Turner überhaupt nicht. Gerade in diesen mittelständischen Unternehmergruppen läßt sich nämlich seit dem Herbst 1931 eine spürbare Radikalisierung nach rechts feststellen, die 1932 ihren Höhepunkt erreichte. Sie führte dazu, daß einzelne Kleinunternehmer zunehmend bereit waren, in dem Maße, wie ihre alten Parteien (bes. DVP, DNVP) politisch an Boden verloren, sich innerhalb der NSDAP zu engagieren. Vielfach wurden sie nicht nur einfache Parteimitglieder, sondern exponierten sich regional und lokal als Wirtschaftsberater der Partei, deren Defizite gerade auf diesem Sektor unübersehbar waren⁹⁰. Diese Entwicklung wurde seitens der Großindustrie deutlich verfolgt und als eine Bedrohung der eigenen Position empfunden, denn die wirtschaftspolitischen Parolen der in der Krise radikalisierten klein- und mittelbetrieblich organisierten Industriellen waren

86a Turner, 1975, S. 56.

87 Helfferich, Bd. IV, S. 17.

88 Turner, 1976, S. 114.

89 Für die Stärke der Agitation des linken Flügels vgl. den Tenor des Briefes Heinrichsbauers an Strasser vom 20. 9. 1932 (Anm. 76), das Dok. Nr. VIII bei Stegmann, 1976, S. 87 f., sowie den Protestartikel der schwerindustriellen Deutschen Bergwerks-Zeitung, Nr. 244, 16. 10. 1932: Protest gegen die Streikparole (Gauleiter Wagner, München), und die unsinnige Wirtschaftsprogrammatische, in der man einen Reflex der »marxistische[n] Seuche« sehen wollte.

90 Vgl. dazu Rudolf Görnandt, *Das Ende der deutschen Fertigindustrie?*, Berlin 1932, S. 29; als Einzelbeispiele vgl. u. a.: Ziegeleifabrikant Erbersdobler, 1929 Gauleiter von Niederbayern; der Speditionsinhaber Schaub wurde 1932 stellv. Gauwirtschaftsreferent im Gau Mittelfranken; H. Reinhold, seit 1933 Geschäftsführer im Eisen- und Stahlwarenindustrie-Bund (ESTI-Bund), wurde 1931 technischer Gaufachbearbeiter bei der Gauleitung in Düsseldorf; P. Pleiger, ein Maschinenbauindustrieller, wurde Gauwirtschaftsberater im Gau Westfalen-Süd; der Lederfabrikant O. Jüngst wurde 1932 Kreisleiter für Wirtschaft und Finanzen in der NSDAP. Ein Großteil dieser Männer stieg nach 1933 zu Präsidenten der regionalen Industrie- und Handelskammern auf, z. B. Rust (Schaumburg-Lippe), Wachs (Wuppertal – Remscheid), Achter (Gen.-Dir. und Vorstandsmitglied der Gladbacher Wollindustrie AG, eines Betriebs mit [1929] 1400 Beschäftigten) (Gladbach – Rheydt – Neuß), Bodman (Göttingen), Erbersdobler (Passau), Burmeister (Lüneburg). Angaben nach: *Das Deutsche Führerlexikon 1934/35*, Berlin 1934.

z. T. der eigenen Programmatik diametral entgegengesetzt. Das gilt insbesondere für die Forderung nach staatlicher Zwangskartellierung, die von der Großindustrie als »Vorstufe der Sozialisierung«⁹¹ abgelehnt wurde, oder die nach »Planwirtschaft und selbst nach Sozialisierung«⁹². Diese Postulate nun, und das machte sie zu einem doppelten Politikum, stießen auch im Strasser-Flügel der NSDAP auf Zustimmung⁹³. Organisatorisch schlugen sich diese Strömungen in Neugründungen wie der sog. Interessengemeinschaft der konzernfreien Eisenwirtschaft Ende 1932 im Ruhrgebiet nieder, mit deutlicher Spitze gegen die Ruhrkonzerne⁹⁴.

VI.

In dieser Perspektive nimmt es nicht wunder, daß Turner eine ähnlich pauschale, z. T. verzerrende Wiedergabe meiner Interpretation der Hintergründe der Eingabe an Hindenburg vom November 1932 gibt, die er selber noch seinerzeit mit ein paar Sätzen abtun zu können glaubte. Entgegen dem in den Memoiren Helfferichs z. T. abgedruckten Briefwechsel zwischen Keppler und Helfferich, aus dem mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit hervorgeht, daß der Gedanke, bei Hindenburg für eine Kanzlerschaft Hitlers zu intervenieren, »aus dem Westen«⁹⁵, d. h. aus der Ruhrindustrie⁹⁶, initiiert wurde und nicht originär aus dem Keppler-Kreis selbst stammte, sucht Turner diese Zielsetzung dem Keppler-Kreis, d. h. in seiner Interpretation: einer *Parteiinstanz*, zuzuschreiben.

Eine ähnliche Entlastungsinterpretation wird bei der Darstellung der Ereignisse während der Monate Dezember 1932 und Januar 1933 angeboten. Nun scheint mir aus neueren Arbeiten, in denen auch bisher unzugängliche Quellen (u. a. der Hugenberg-Nachlaß) benutzt werden konnten, eindeutig hervorzugehen, daß der einem Bündnis mit Hitler aufgrund seiner Erfahrungen in der kurzlebigen Harzburger Front widerstrebende Hugenberg im Winter 1932/33 nicht nur von Thyssen (dessen politische Rolle in dieser Zeit bei Turner übrigens fast vollkommen ausgeblendet wird), sondern auch von Albert Vögler (Vereinigte Stahlwerke) zu einem Zusammengehen förmlich gezwungen wurde. Aufgrund des Materials, das der amerikanische Historiker Leopold ausgebreitet hat, wird folgendes deutlich: Nachdem der Versuch mißlungen war, Hugenberg Ende September 1932 definitiv

91 H.A./GHH, Nr. 400 101 220/13 b, Kartellstelle des RDI an Präsidial- und Vorstandsmitglieder, 30. 9. 32; vgl. dazu auch *Ulrich Nocken*, Inter-industrial conflicts and alliances as exemplified by the AVI-agreement, in: *Industrielles System*, S. 693 – 704, bes. S. 701.

92 *Ludwig Erhard*, Aufgabe und Stellung der deutschen Fertigungindustrie in der heutigen Wirtschaft, in: *Die Deutsche Fertigware*, Jg. 5, Jan./Febr. 1933, H. 1, T. A, S. 4 – 10, bes. S. 6; vgl. auch *H. Wagenführ*, Nationalsozialismus und Kartelle, in: *Kartell-Rundschau*, H. 7, Juli 1933, S. 419 – 437, bes. S. 419 ff.

93 So auch das Rundschreiben der Kartell-Stelle des RDI, vgl. Anm. 91.

94 H.A./GHH, Nr. 400 001/29; vgl. auch die Notiz bei *Stegmann*, 1976, S. 65; diese Gruppen wählten im Frühjahr 1933 ihre Stunde für gekommen und glaubten, im Bündnis mit der NSDAP die Konzerne an der Ruhr zerschlagen zu können; vgl. dazu insbesondere den Bericht Klemmes (GHH) an Kellermann (GHH) vom 27. 4. 33 über die Sitzung der Konzernvertreter (u. a. Springorum und Poensgen) mit der Interessengemeinschaft und den NSDAP-Kommissaren am 26. 4. 33. Als Wortführer trat u. a. Peddinghaus (HK Hagen) auf.

95 *Helfferich*, Bd. IV, S. 18, Keppler an Helfferich, 26. 10. 32.

96 Diese Interpretation geht aus den *ebda.* folgenden Sätzen und der ähnlichen Formulierung *ebda.*, S. 19 hervor. Es wäre denkbar, daß der Plan zu einer Eingabe an Hindenburg am 20. 10. 1932 gefaßt wurde, als sich Hitler mit Kirdorf und Thyssen sowie Vögler im Revier traf. Vgl. dazu auch Thyssen an Liebe-Harkort, 29. 10. 32, BA, NL Dingeldey.

zum Rücktritt vom Parteivorsitz zu bewegen, nötigte Vögler Hugenberg Ende Oktober 1932 zu einem Geheimgespräch mit Hitler⁹⁷ und wirkte im Januar auf eine Kooperation zwischen beiden hin⁹⁸. Mein 1973 eher vorsichtiges Urteil über die direkte politische Einwirkung führender Industrieller im Januar 1933 auf das Zustandekommen des »Kabinetts der Konzentration« muß also erheblich verschärft werden: Thyssen und Vögler, beide vermutlich nicht ohne Absprache mit dem Ruhrkohle-Bergbau (Brandt), haben ihnen nahestehende Politiker wie Hugenberg unter Druck gesetzt, ein Bündnis einzugehen, das ihnen, schon aufgrund der Repräsentanz konservativer Fachleute im Kabinett und aufgrund der wirtschaftspolitischen Zusagen Hitlers⁹⁹, kalkulierbar im Sinne ihrer Interessen erschien. Bei Turner dagegen sind allein Papen und Hitler »Hauptakteure der Tragödie«¹⁰⁰. Alle strukturellen Faktoren, die gegen diese personalistische Verengung der Entscheidungsprozesse sprechen, sind souverän ausgeblendet. Daß Turner, um seine Thesen zu retten, am Ende auf die handwerkliche Glaubwürdigkeit meines Beitrages abhebt und diese in Zweifel zieht, scheint mir bedauerlich und nur ein Indiz für schlechten Stil in einer wissenschaftlichen Kontroverse zu sein. In dieses Verdikt paßt Turners Vorwurf, ich hätte die sowjet-marxistische Agententheorie wieder neu belebt, bruchlos hinein, wobei er meine Kritik an seiner personalistisch eingefärbten politischen Geschichtsschreibung wie in einem salto mortale gegen mich wendet.

Ich bin der Meinung, daß die Strukturgeschichte der Endphase der Weimarer Republik durchaus noch der weiterführenden Analyse bedarf. Im Gegensatz zu einer streckenweise auf Apologie gestimmten Interpretation, wie sie bei Turner vorherrscht, bzw. zu einem Forschungsinteresse, das primär auf Aspekte der Parteienfinanzierung abhebt¹⁰¹, muß sich die Forschung solcher Schwerpunkte annehmen, die bisher vernachlässigt worden sind. Dazu gehört in allererster Linie die Aufarbeitung der branchenspezifischen Situation der industriellen Sektoren in der Krise seit 1929 und ihres je spezifischen politischen Verhaltens. Die engere Monopolgruppen-Theorie hat sich als relativ unbefriedigend erwiesen, so daß allein von hierher neue Aufschlüsse zu gewinnen sind. Wissenschaftliches Desiderat ist weiterhin die Erforschung des Verhältnisses der Schwerindustrie im engeren Sinne zur Klein- und Mittelindustrie. Erst auf dieser Folie ist auch das innerparteiliche Gewicht des Strasser-Flügels in der NSDAP neu zu bestimmen. Auf dem weiteren Hintergrund der Etappen der sog. Machtergreifung wäre zusätzlich das Verhältnis zwischen Industrie und Landwirtschaft neuerlich zu diskutieren, nämlich inwieweit die handels- und wirtschaftspolitischen Zielkonflikte beider Großgruppen an der Jahreswende 1932/33 durch einen Kompromiß auf der Basis von Agrarkartellierung und Expansion nach außen (»Mittel-europa«) beigelegt wurden, der für beide Seiten akzeptabel schien. Erst nach Beantwortung

97 Leopold, 1974, S. 128 ff.

98 Ebd., S. 140.

99 In diesem Zusammenhang gewinnt auch die Notiz *Helferichs* (Bd. IV, S. 17) Bedeutung, daß man Ende 1932/Anfang 1933 innerhalb des Keppler-Kreises wirtschaftliche Richtlinien entworfen habe, nachdem Thyssen z. B. Mitte November 1932 noch von »einige[n] Schwierigkeiten« bezüglich der Programmatik der NSDAP gesprochen hatte: Thyssen an Schlenker, 11. 11. 32 (abgedr. bei Czichon, S. 67 [Dok. Nr. 7]). Hitler beeilte sich bei seinem ersten Zusammentreffen mit führenden Großindustriellen am 20. 2. 33 (vgl. die Dokumente dazu bei Stegmann, 1973, S. 477 ff.), an seine alten Zusicherungen anzuknüpfen: das Bekenntnis zum Privateigentum und zur Wehrhaftigkeit, wie Krupp von Bohlen dankbar hervorhob.

100 Turner, 1975, S. 39.

101 Vgl. *Horst Matzerath* und *Henry A. Turner*, Die Selbstfinanzierung der NSDAP 1930 bis 1932, in: *Geschichte und Gesellschaft*, Jg. 3, H. 1, 1977, S. 59 – 92.

tung dieser m. E. zentralen Fragen ist der spezifische Beitrag der Großindustrie, und insbesondere der Schwerindustrie, zum Prozeß der sog. Machtergreifung genauer bestimmbar. Von hierher ließen sich dann auch der Widerspruch zwischen sozialer Basis und politischer Funktion des Nationalsozialismus nach 1933 auflösen und Elemente für eine genuine Faschismus-»Theorie«¹⁰² gewinnen. Es spricht einiges dafür, daß der ältere Hinweis Brachers u. a., der Nationalsozialismus bis 1939 habe an sozialimperialistische Herrschaftstechniken des Kaiserreiches, terroristisch-rassistisch verformt, anknüpfen können, neuerlich diskutiert werden muß. Die allzu plane Kategorie, hier habe es sich allein um eine Form bürgerlicher Herrschaft (Kühnl, Abendroth) gehandelt, muß sicherlich problematisiert werden; sonst werden alle Phänomene der direkten oder indirekten Mobilisierung von unten, der plebejischen Aktion gegen die alten Eliten vor und nach 1933, die doch kennzeichnend sind für die Herrschaftsstruktur des Dritten Reiches, über Gebühr eliminiert.

102 Übersichten über Faschismustheorien aus bonapartismus-theoretischem Ansatz bringen zuletzt: *Richard Saage*, Faschismustheorien. Eine Einführung, München 1976, und: *Niels Kadritzke*, Faschismus und Krise. Zum Verhältnis von Politik und Ökonomie im Nationalsozialismus, Frankfurt/New York 1976. Ungeachtet aller Kritik an R. Saage vermag der Tenor des Verrisses von *Thomas Nipperdey*, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. 11. 1976 (Ein Second-hand-shop für Faschismustheorie), in seinem hochgradig emotionalisierten Duktus nicht zu überzeugen.